

Anna Ochojska



**Sozialdemokratische
Fraktion**



Europäisches Parlament



Polen



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Ich heiße Anna Ochojska und komme aus einer ländlichen Region Polens. Ich lebe auf dem Hof meiner Eltern gemeinsam mit meinen drei Kindern und meinem Mann. Auf einem Bauernhof in Familienbesitz ist klar: alle packen mit an. Dieses Wir-Gefühl brauchen wir auch in Europa, um gemeinsam die Herausforderungen des digitalen Zeitalters zu bestehen.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

87 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 –2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Sozialdemokrat:innen

Wer sind wir?

Wir sind die „Sozialdemokratische Fraktion“ (S&D). Wir sind die zweitgrößte Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Dafür setzen wir uns in der EU ein.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

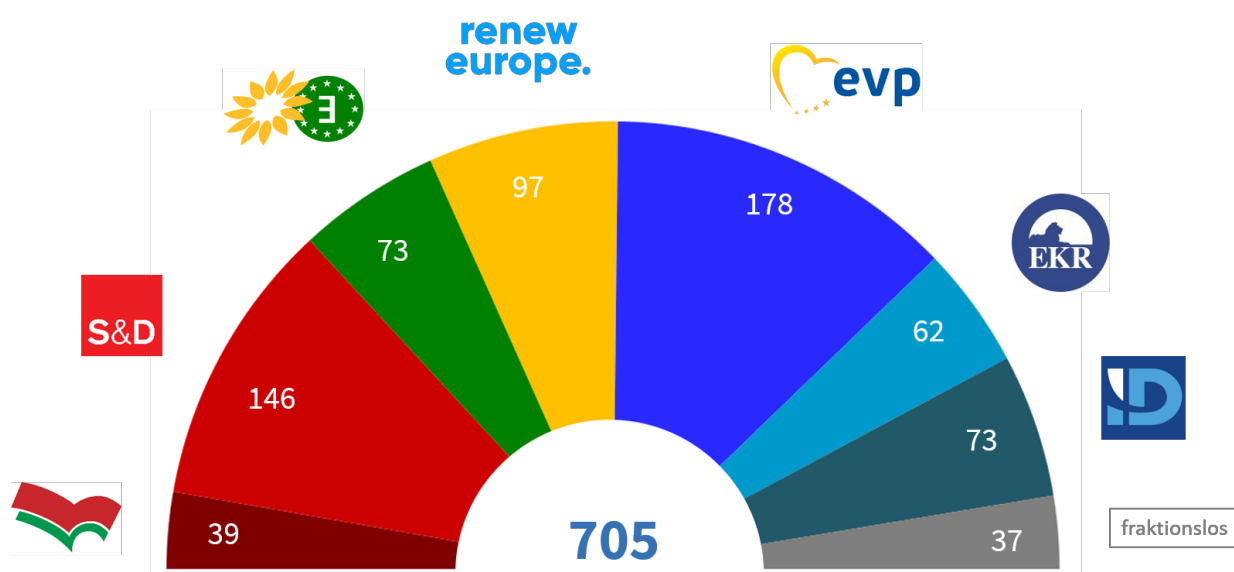
Das Internet macht vieles möglich. Gleichzeitig sehen wir, dass immer mehr Hass und Lügen verbreitet werden und große Onlinekonzerne Profit daraus schlagen. Diese Entwicklung bedroht die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften. Was wir brauchen sind klare Regeln, die unsere Bürger:innen schützen und gleichzeitig der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist ein gigantisches Friedensprojekt - bisher ein erfolgreiches. Viele grenzüberschreitende Probleme können wir nur zusammen mit unseren Nachbarländern lösen, das schweißt zusammen. Gemeinsam können wir sinnvolle Regeln beschließen, die dank unserer Größe weltweit Bedeutung haben. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist - und nicht umgekehrt.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Es braucht eine Vorab-Überprüfung der Posts im Netz. Sind sie einmal hochgeladen, lassen sich Fake News nicht mehr stoppen.

Meine Argumente

Falschmeldungen überall - In Polen verbreiten nicht nur Unternehmen und Einzelpersonen, sondern auch viele Parteien Fake News. Alle wissen, wie leicht es ist, durch Desinformation die Bevölkerung zu verunsichern und zu täuschen. Dieses Problem haben wir in vielen Ländern der EU.

Überprüfen ist der einzige Weg - Nur durch die Überprüfung aller Posts lässt sich Desinformation effektiv bekämpfen. Bevor etwas online gestellt wird, müssen Betreiber die Inhalte prüfen. Handelt es sich um einen Fake, darf der Post nicht veröffentlicht werden.

Keine andere Option - Einen Post einfach zu markieren oder ihn Tage später zu löschen, hat in der Vergangenheit wenig geholfen. Es hat sich gezeigt, dass dies nicht ausreicht. Wir müssen jetzt klare Kante zeigen!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Hate Speech bedroht den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Es braucht klare Regeln.

Meine Argumente

Betroffene schützen – Hate Speech im Netz stiftet zu realer Gewalt an. Engagierte Menschen oder Vereine werden zur Zielscheibe für verbale Angriffe. Wer sich für Demokratie und Vielfalt engagiert, wird attackiert und sogar bedroht. Das dürfen wir nicht weiter zulassen!

Dateneinsicht rechtlich festlegen – Das bedeutet aber auch: Wenn sich Opfer wehren und Anzeige erstatten, dann brauchen die Behörden alle Daten, um gegen die Täter:innen zu ermitteln. Die Plattformbetreiber müssen dann die Daten zu den Profilen der Täter:innen rausrücken.

Personen- vor Datenschutz - Wer im Internet zu Gewalt aufruft, andere Menschen gefährdet und hasst, hat sein Recht auf Anonymität im Netz verwirkt. So wie es in der Offline-Welt Grenzen der eigenen Freiheit gibt, gibt es diese online auch.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Alexander Mandl



Europäisches Parlament



Grüne Fraktion



Österreich



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Ich bin Alexander Mandl, 62 Jahre alt und komme aus Wien. Ich bin ein überzeugter Politiker der Grünen, weil Nachhaltigkeit in allen Bereichen großgeschrieben werden muss. Im Bereich der Digitalpolitik setze ich mich dafür ein, dass Freiheit nicht mit dem Recht des Stärkeren verwechselt werden darf. Die leisen und schwachen Bürger:innen in unseren Gesellschaften brauchen besonderen Schutz.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist die Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Grünen

Wer sind wir?

Wir vertreten die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Wir sind im Widerstand zur globalen Umweltzerstörung entstanden, sehen uns heute aber auch als fortschrittliche Kraft zum Schutz der Bürgerrechte in der ganzen EU und stellen uns gegen jede Form der Diskriminierung.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

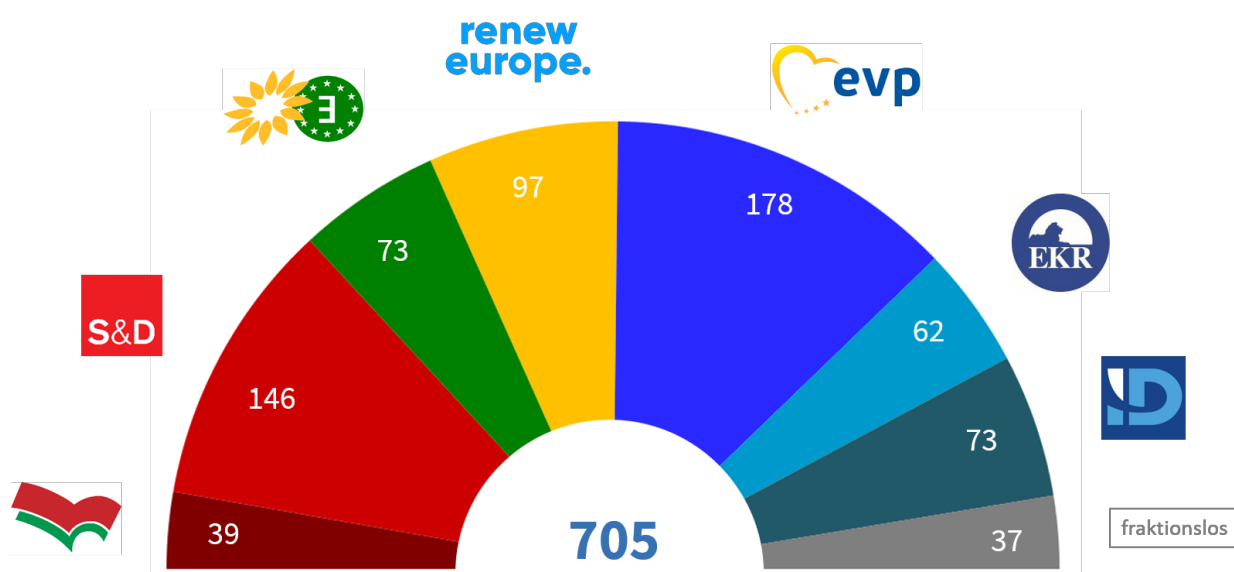
In den vergangenen Jahren hat die Politik den Internet-Riesen wie Google oder Facebook freie Hand gelassen, welche Inhalte sie auf ihren Plattformen zulassen und welche sie löschen. Es ist Zeit, dass wir das wieder selbst in die Hand nehmen und als Gesellschaft diskutieren, was im Internet erlaubt ist und was nicht.

Wie stehen wir zur EU?

Die digitale Welt wird dominiert von wenigen, großen Konzernen und die Probleme, die sie verursachen, machen nicht an Landesgrenzen halt. Als EU haben wir die Macht, gemeinsam Regeln zu schaffen und diese europaweit durchzusetzen. Diese Chance müssen wir nutzen und gemeinsam handeln!

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Wir müssen endlich gemeinsam diskutieren, wer entscheiden darf, was Fake News sind und was nicht!

Meine Argumente

Einheitlichkeit in der EU - In der EU leben wir quasi Tür an Tür miteinander, Beiträge im Internet machen nicht halt zwischen Wien und Bratislava. Deswegen ist nur eine einheitliche EU-weite Regelung zielführend, um Fake News zu bekämpfen.

Unabhängige Prüfung - Ich bin aber dagegen, dass die großen Digitalkonzerne wie Facebook, Instagram und Co. selbst darüber entscheiden, welche Posts gelöscht werden. Das sollte durch unabhängige Stellen erfolgen. Plattformbetreiber könnten potenzielle Falschmeldungen aber markieren.

Auswirkungen eingrenzen - Wir sollten keine Angst davor haben, mehr zu löschen als notwendig. Die Auswirkungen von Fake News sind viel schlimmer, als wenn ein oder zwei Nachrichten zu viel gelöscht werden.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Der Hass gegenüber verschiedensten Gruppen hat offline und online zugenommen. Er ist für viele mittlerweile Alltag. Wir brauchen endlich klare Regeln!

Meine Argumente

Kein Rückzug aus dem Netz - Ich bin selbst oft von anfeindenden Kommentaren auf meinem Twitter-Account betroffen. Manchmal bin ich kurz davor, meinen Account einfach zu löschen. Aber wenn wir Demokrat:innen uns aus dem digitalen Raum zurückziehen, überlassen wir das Feld den Rassist:innen, Antisemit:innen und Homophoben! Das dürfen wir nicht zulassen!

Keine Straffreiheit - Wer im Internet Hass verbreitet und Menschen seelischen Schmerz antut oder zu Gewalt aufruft, muss dafür bestraft werden. Nationale Behörden müssen daher Zugriff auf Daten von Online-Plattformen erhalten.

Opfer stärker schützen - Häufig sind Opfer von Hassrede eingeschüchtert und trauen sich nicht, die Fälle zu melden. Wir müssen Online-Plattformen verpflichten, Fälle selber aufzuspüren und zu melden. Die Verantwortung kann nicht beim Opfer liegen!



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Leila Danjean



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Frankreich



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Leila Danjean, ich bin 31 Jahre alt. Über Social Media nehme ich meine Wähler:innen und Interessierte oft in den Alltag einer EP-Abgeordneten mit. Hierbei erhalte ich leider auch oft Anfeindungen und Hass von allen Seiten. Soziale Medien sind ein Gewinn, wir müssen sie aber endlich besser regulieren.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

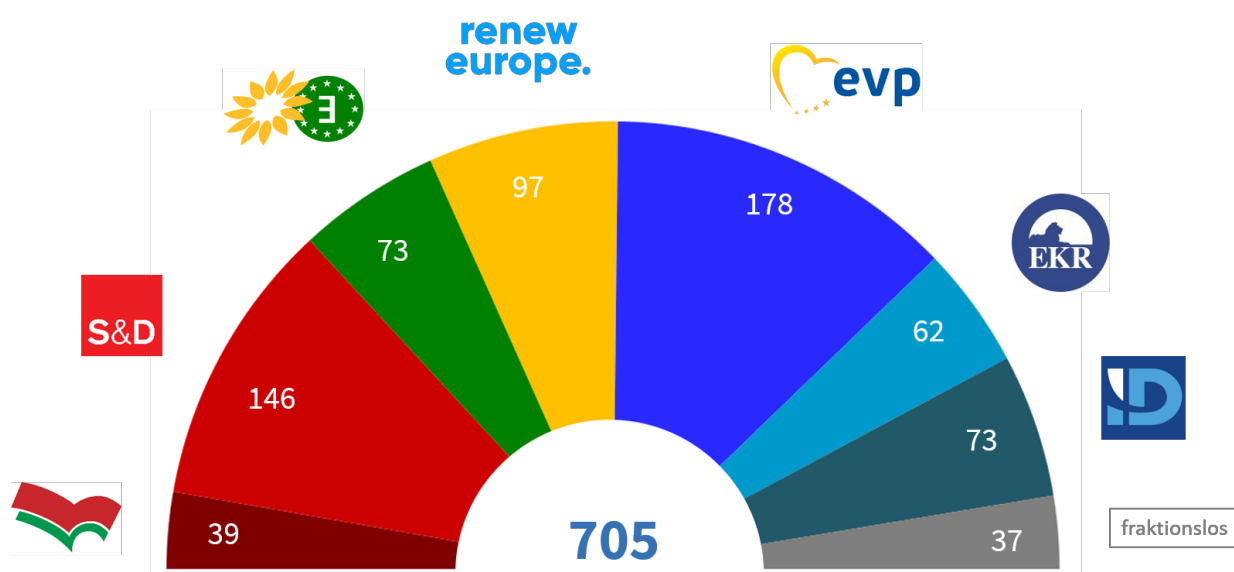
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Warnhinweise bringen mehr als Löschungen. Die Politik muss der Bevölkerung vertrauen und ihr auch mehr zutrauen.

Meine Argumente

Aufklären statt Löschen – Im Gegensatz zu vielen Fraktionskolleg:innen, bin ich nicht der Meinung, das Löschen der richtige Weg ist. Die Bevölkerung sollte besser informiert, statt verunsichert werden. Dafür sind Warnhinweise sinnvoller.

Klare Regeln – Fake News müssen schneller identifiziert und markiert werden. Dafür muss die EU eine einheitliche Definition von "Fake News" beschließen und an die Unternehmen senden. Die dürfen auf keinen Fall die Entscheidung treffen, was Desinformation ist und was nicht.

Medien unterstützen – Nur mit einer vielfältigen Medienlandschaft, die vor allem auch online vertreten ist, kann ein Gegengewicht zu Fake News geschaffen werden. Warnhinweise könnten auf seriöse Quellen verlinken – so würden Fake News gestoppt und Journalist:innen unterstützt!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die Meinungsfreiheit ist dort zu Ende, wo Menschen diskriminiert, bedroht und beschimpft werden. Täter:innen müssen gefasst werden!

Meine Argumente

Zeit zu handeln – Hass im Netz vergiftet das gesellschaftliche Klima und unterdrückt die Meinungsfreiheit anderer. Wer strafbare Hassrede bekämpft, schränkt die Meinungsfreiheit nicht ein, sondern schützt sie.

Rechtlicher Rahmen – Die Verfolgung von Hate Speech ist häufig problematisch. Das darf uns jedoch nicht davon abhalten, das Internet zu einem sichereren Raum zu machen. Es ist wichtig, dass die Täter:innen strafrechtlich verfolgt werden.

Freiwilligkeit ist sinnlos – Eine Pflicht zur Datenherausgabe ist notwendig, da die Unternehmen nicht freiwillig aktiv werden. Die Plattformen müssen verpflichtet werden, im Falle von Strafanzeigen den Behörden die notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Ville Pekkarinen



Europäisches Parlament

**renew
europe.** Fraktion der
Liberalen



Finnland



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Ville Pekkarinen, ich bin 55 Jahre alt und komme aus Lappland im Norden Finnlands. Die Entwicklung des Internets, die sozialen Plattformen und die digitale Wirtschaft finde ich sehr erstaunlich. Gerade in ländlichen Gebieten verändern sie das Leben sehr. Damit wir weiterhin alle von der digitalen Welt profitieren, müssen in der ganzen EU die gleichen Möglichkeiten, aber auch Regeln gelten.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?

Wer sind wir?

Unsere liberale Fraktion Renew Europe (RE) ist die drittstärkste Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist es, die Freiheit der Bürger:innen zu schützen und die Wirtschaft vor zu großen Eingriffen des Staates zu bewahren.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

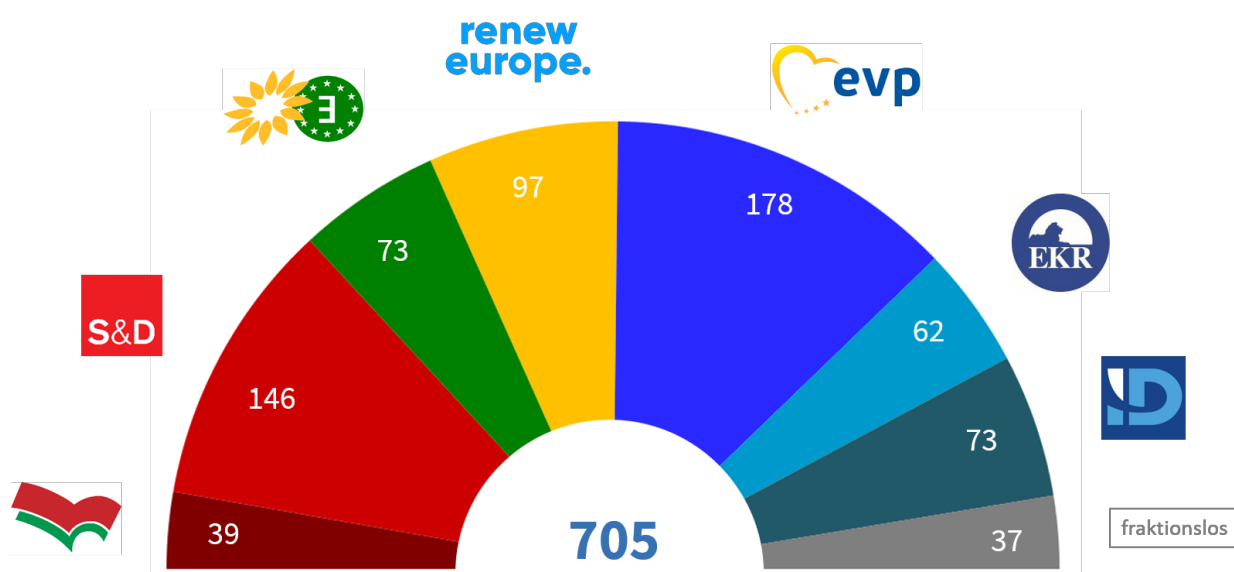
Wir brauchen klare Regeln, um die europäischen Bürger:innen vor Desinformation und Hassrede zu schützen. Gleichzeitig muss sich aber auch die Digitalwirtschaft weiter entfalten können und die freie Meinungsäußerung darf nicht eingeschränkt werden.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist der größte Wirtschaftsraum der Welt und hat den Europäer:innen großen Wohlstand gebracht. Diesen Wohlstand dürfen wir nicht gefährden, indem wir jedes kleinste Detail auf EU-Ebene für alle gleich regeln wollen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die europäische Digitalwirtschaft muss im globalen Vergleich mithalten. Voraussetzung dafür ist aber, dass wir unsere Demokratien schützen und Fake News keinen Raum lassen.

Meine Argumente

Kein einfaches Richtig oder Falsch - Digitale Nachrichten sind wichtig, damit Bürger:innen sich über das Tagesgeschehen informieren können. Eindeutige Falschnachrichten haben hier nichts zu suchen. Es ist oft aber schwierig, abzuwägen, ob es sich tatsächlich um Fake News handelt. Hier darf nicht zu schnell gelöscht werden!

Online-Plattformen fördern - In naher Zukunft werden wir uns nur noch online informieren. Viele junge Menschen tun das bereits. Wir sollten die Plattformen also fördern, statt ihnen Steine in den Weg zu legen, die offensichtlichen Gefahren dabei aber auch nicht ignorieren.

Bevölkerung schützen - Viele Digitalunternehmen tun bisher nicht genug gegen Fake News. Deswegen muss die Politik hier handeln. Alle Plattformen zu verpflichten, Posts mit Warnhinweisen zu versehen, wie es einige Betreibende schon machen, ist der richtige Weg.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Es ist nicht richtig, personenbezogene Daten vorschnell herauszugeben. Was eine Straftat ist, sollten immer noch Gerichte entscheiden.

Meine Argumente

Verantwortlichkeit klären - Hate Speech ist ein massives Problem. Dass Hass und Hetze einfach so kursieren, liegt aber vor allem daran, dass nationale Behörden seit Jahren im Bereich Cyberkriminalität schlafen. Hier sind erst einmal nationale Sicherheitsbehörden gefragt, bevor wir die Verantwortung auf die Plattformen abwälzen.

Kosten bedenken - Der Kampf gegen Hate Speech darf nicht dazu führen, dass Online-Plattformen mit zu vielen behördlichen Anfragen überlastet werden. Wer soll denn den ganzen Arbeitsaufwand bezahlen?! Das könnte Unternehmen in den Ruin treiben!

Datenherausgabe nur im Notfall - Online-Unternehmen sollten nur die Daten speichern, die sie benötigen, um ihre Dienste individuell an die User:innen anzupassen. Informationen über die Personen müssen sensibel behandelt werden. Die Herausgabe von Daten sollte nur im absoluten Ernstfall durch ein Gericht gestattet werden.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



A series of 20 horizontal black lines providing space for writing notes.

Notizen



Ivan Borzan



Europäisches Parlament



**Sozialdemokratische
Fraktion**



Kroatien



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Ivan Borzan und ich bin 43 Jahre alt. Ich lebe in Zagreb, Kroatien. Seitdem Kroatien 2013 der EU beigetreten ist, haben sich für das Land viele Chancen eröffnet. Ich bin Abgeordneter geworden, damit diese genutzt werden. Ich hoffe, dass die EU in den nächsten Jahren noch mehr zusammenwächst. Dafür sitze ich im Parlament.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Sozialdemokrat:innen

Wer sind wir?

Wir sind die „Sozialdemokratische Fraktion“ (S&D). Wir sind die zweitgrößte Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Dafür setzen wir uns in der EU ein.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

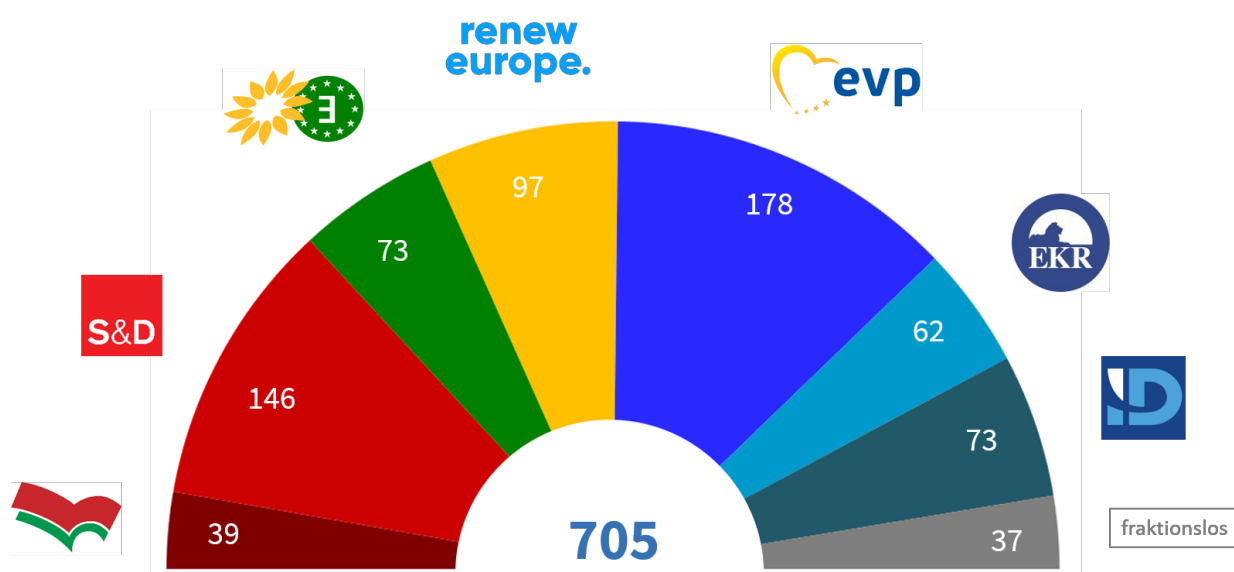
Das Internet macht vieles möglich. Gleichzeitig sehen wir, dass immer mehr Hass und Lügen verbreitet werden und große Online-Konzerne Profit daraus schlagen. Diese Entwicklung bedroht die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften. Was wir brauchen sind klare Regeln, die unsere Bürger:innen schützen und gleichzeitig der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist ein gigantisches Friedensprojekt - bisher ein erfolgreiches. Viele grenzüberschreitende Probleme können wir nur zusammen mit unseren Nachbarländern lösen, das schweißt zusammen. Gemeinsam können wir sinnvolle Regeln beschließen, die dank unserer Größe weltweit Bedeutung haben. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist - und nicht umgekehrt.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Um Fake News bekämpfen zu können, braucht es einheitliche europäische Regelungen.

Meine Argumente

Lügen löschen – Das Löschen von eindeutig falschen Posts ist ein erster Schritt. Die großen Digitalkonzerne haben die Möglichkeit, von Nutzer:innen gemeldete Posts zu prüfen. Sie haben eine Verantwortung, der sie gerecht werden müssen.

Transparente Prüfung – Einfach alle Posts zu löschen, die irgendjemand gemeldet hat, ist keine gute Idee. Es braucht ein transparentes System, in dem gemeldete Posts überprüft werden. Was eindeutig eine Lüge ist, wird gelöscht. Politik und Unternehmen müssen dabei eng zusammenarbeiten.

Geldbußen bei Nicht-Einhalten – Auf Freiwilligkeit und Eigeninitiative der Plattform-Betreiber zu warten, hat uns in den letzten Jahren nicht weitergebracht. Deswegen muss das Löschen von Desinformation gesetzlich verankert werden. Plattformen, die dagegen verstoßen, sollen sehr hohe Strafen zahlen!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Europa steht für Vielfalt und Toleranz. Wir müssen die Hassattacken auf Minderheiten im Internet endlich beenden.

Meine Argumente

Keine Toleranz für Hass – Das Recht auf Meinungsfreiheit schützt den offenen Austausch in der Demokratie. Aber: Die Meinungsfreiheit endet da, wo Straftaten beginnen. Unternehmen, die mit ihren Plattformen große Gewinne erwirtschaften, dürfen Hass nicht länger dulden und sich damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen.

Daten nutzen – Alle Informationen, die es über Täter:innen gibt, sollten an die Behörden weitergetragen werden. Gewaltandrohungen gefährden ein respektvolles Miteinander. Deshalb müssen die Social-Media Plattformen zur Herausgabe der Daten verpflichtet werden.

Schneller Handeln – Aktiv werden müssen Plattformen besonders effektiv und schnell bei Cybermobbing gegen Kinder und Jugendliche. Hier sollten die Unternehmen die Daten umgehend herausgeben, denn junge Menschen müssen besonders vor Hass geschützt werden.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Anna Hahn



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Deutschland



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Mein Name ist Anna Hahn, ich bin 36 Jahre und wohne mit meinem Mann und meinen zwei Söhnen in Saarbrücken. Ich bin Politikerin geworden, weil mir die Sicherheit der Bürger:innen am Herzen liegt, im Netz wie auf der Straße. Bevor ich in das Europäische Parlament gewählt wurde, war ich als Anwältin tätig.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

der Nutzer:innen ist es wichtig, dass Meinungsfreiheit im Internet geschützt wird.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im

Eurostat 2018 –2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

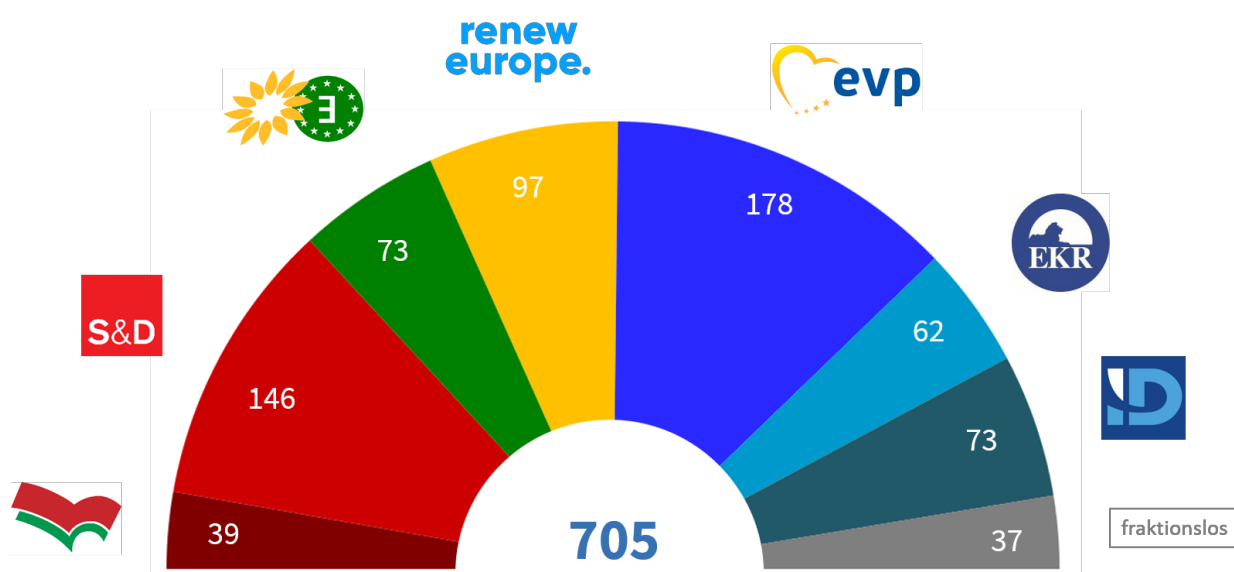
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die EU sollte sich bei der Fake-News-Bekämpfung ein Beispiel an Deutschland nehmen und schärfere Regelungen auf den Weg bringen.

Meine Argumente

Wir brauchen endlich EU-Gesetze – Ursprünglich boten soziale Medien eine zusätzliche Möglichkeit zu kommunizieren. Heute stellen wir fest, dass es in den Netzwerken mehr und mehr falsche und irreführende Informationen gibt. Hier müssen wir handeln!

Verantwortung übernehmen – Unternehmen müssen Fake News identifizieren und bekämpfen. Dies geht am besten durch direktes Löschen. Wir als Politiker:innen stehen in der Pflicht, den Betreibenden klare Regeln zu setzen. Freiwillig handeln sie nicht!

Transparenz beim Löschen – Damit die Bürger:innen nicht verunsichert werden, müssen die Plattformbetreiber öffentlich erklären, was sie bewerten und warum sie Posts gelöscht haben.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Das Netz muss sicherer werden. Den nationalen Behörden sollte die Arbeit bei der Suche nach Täter:innen erleichtert werden.

Meine Argumente

Mehr Sicherheit – Nur wenn die großen Plattformen Daten, die sie sowieso sammeln, an die Behörden weiterleiten, kann Hate Speech effektiv bekämpft werden. Selbst in sehr akuten Fällen von Gewaltandrohung geben die wenigsten Unternehmen aktuell freiwillig Informationen heraus.

Urheber aufdecken – Es ist unsere Pflicht, Europa und seine Bürger:innen zu schützen. Deswegen ist es sehr wichtig, dass Täter:innen verfolgt und ihre Vergehen bestraft werden. Hate Speech kann zur realen Gefahr für Menschen werden!

Gemeinsame Antwort der EU – Große Teile der öffentlichen Debatte haben sich in den digitalen Raum verlagert. In Deutschland haben wir bereits ein strenges Gesetz zur Bekämpfung von Online-Hassrede. Das sollte Vorbild für eine gemeinsame Lösung in der EU sein.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Maximilian Limmert



**Identität &
Demokratie**



Deutschland



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**



Europäisches Parlament

Wer bin ich?

Mein Name ist Maximilian Limmert, ich bin 37 Jahre alt und pendle zwischen meinen beiden Wohnungen in Potsdam und Brüssel. Seit 2019 bin ich im Europäischen Parlament und nutze hier meine Stimme, um sinnlose EU-Gesetze zu verhindern und meinen Wähler:innen politische Alternativen zur EU aufzuzeigen.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion Identität & Demokratie

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion „Identität und Demokratie (ID)“. Wir finden, die EU ist in erster Linie ein elitäres Projekt, mit dem die europäischen Nationalstaaten abgeschafft werden sollen. Um das zu verhindern, setzen wir uns im Europäischen Parlament dafür ein, dass die Macht bei den Nationalstaaten bleibt.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

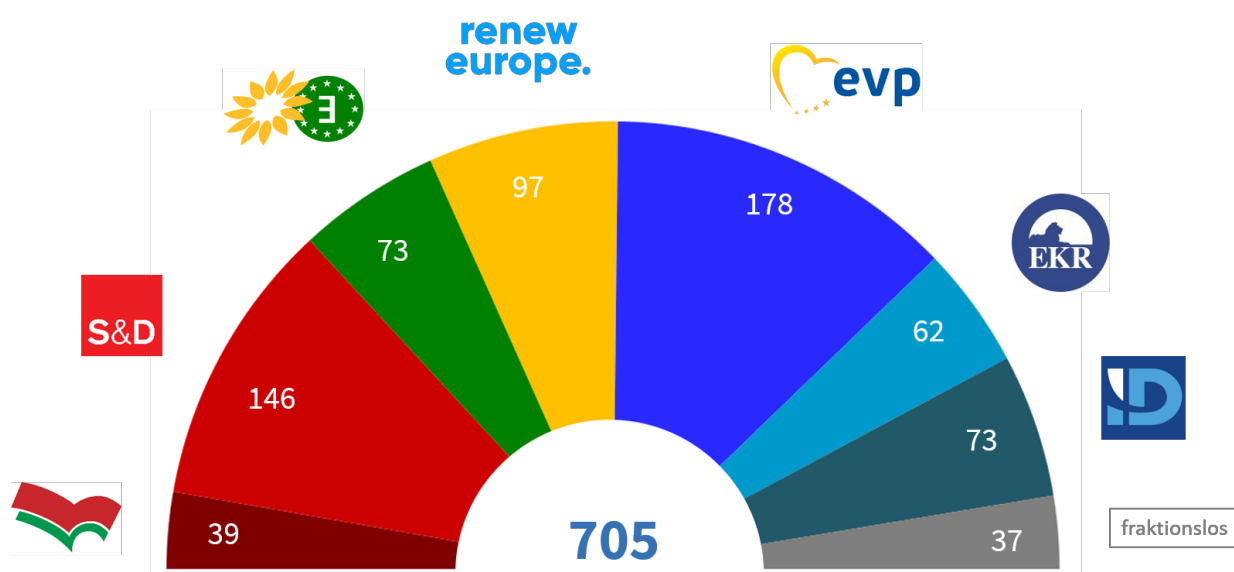
Es ist unsere Aufgabe als EU-Politiker:innen, die Meinungsfreiheit zu schützen. Dies gilt auch für unbequeme Meinungen. Das muss eine Demokratie aushalten. Wie die anderen Fraktionen gegen Hate Speech und Fake News vorgehen wollen, kommt einer Abschaffung der Meinungsfreiheit gleich. Da machen wir nicht mit!

Wie stehen wir zur EU?

Die EU brauchen wir nicht, sie wird nie die Nationalstaaten ersetzen können. Wir können unsere Probleme am besten selbst lösen, vor Ort in unseren Ländern.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Wir sollten das Internet nicht verteufeln, sondern die gleichen Regeln anwenden, wie sie auch für andere Medien gelten.

Meine Argumente

Gleiche Regeln für alle - Wenn wir im Rundfunk- oder Verlagswesen falsche Inhalte auffinden, müssen diese auch erst widerrufen oder gelöscht werden, wenn Gerichte den Sachverhalt gründlich geprüft haben.

Unternehmen nicht überfordern - Im Internet verlangen wir jetzt plötzlich von Plattform-Anbietern, dass sie jeden Beitrag selbst prüfen und entfernen? Das ist purer Wahnsinn!

Prüfung durch Gerichte - Deswegen muss auch im Netz gelten: Gerichte müssen die Posts überprüfen und die Löschung anordnen. Wo kämen wir denn ansonsten hin?

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Soziale Netzwerke nehmen in unseren Gesellschaften eine wichtige Funktion ein, die dürfen wir nicht zerstören.

Meine Argumente

Viel zu ungenau - Wir haben noch gar keine genaue rechtliche Definition davon, was sogenannte Hassrede überhaupt ist. Uns fehlt deswegen völlig die Grundlage, um hier ein Gesetz zu beschließen.

Meinungsfreiheit schützen - Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein hohes Gut in unseren Gesellschaften. Der Vorschlag der Kommission ist ein schwerwiegender Eingriff in dieses Grundrecht. Das können wir nicht zulassen.

Vorteile sozialer Netzwerke erkennen - Social Media Plattformen ergänzen unsere gesellschaftlichen Debatten um Meinungen, die in der Vergangenheit in Printmedien und Fernsehen nie Raum fanden. Wir sollten uns freuen, dass sich viel mehr Menschen im Internet in aktuelle Diskussionen einbringen, anstatt sie für ihre Meinungen zu verteufeln und ihre Beiträge zu verbieten.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Elżbieta Kloc



**Fraktion der
Nationalkonservativen**



Europäisches Parlament



Polen



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Elżbieta Kloc, ich bin 39 Jahre alt und komme aus Danzig. In meiner Heimat Polen habe ich mich schon früh politisch engagiert. Mir sind konservative Werte und der Schutz unserer Kinder und Familien eine Herzensangelegenheit. Die Welt des Internets könnte für das Wohl unserer Kinder gefährlich werden. Daher ist es unsere Aufgabe, gegen Mobbing und Hass im Internet vorzugehen.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Nationalkonservativen

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion der EU-skeptischen "Europäischen Konservativen und Reformer" (EKR). Unserer Meinung nach müssen wir genau schauen, wann gemeinsame europäische Gesetze wirklich sinnvoll sind - und wann nicht! Unser Ziel ist es, wirtschaftliche Freiheit und nationale Traditionen zu erhalten.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

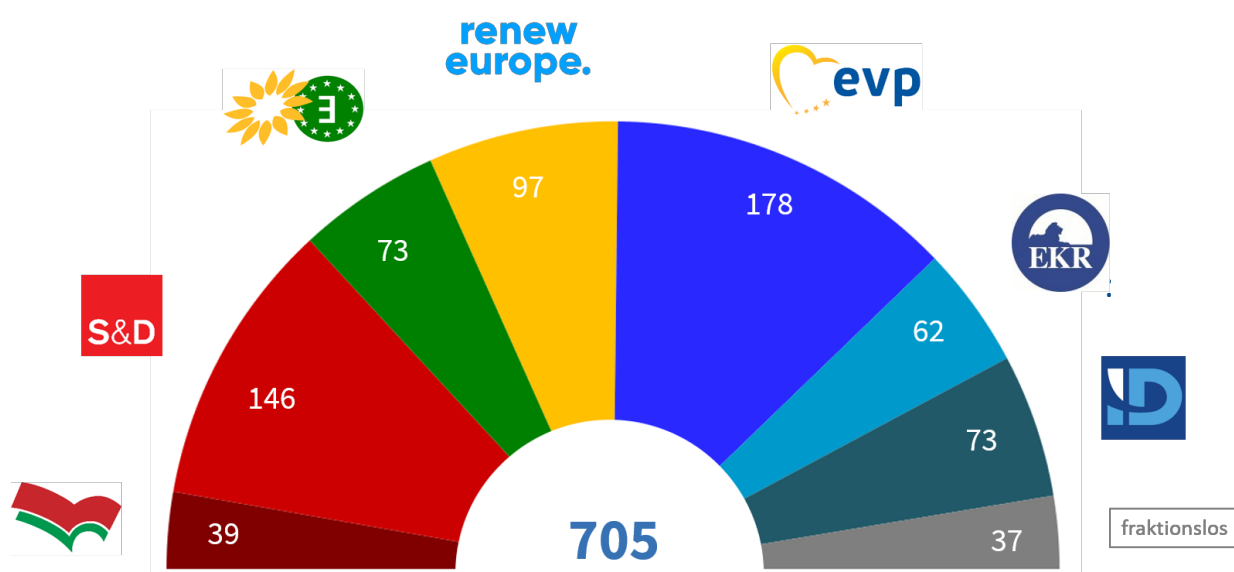
Die Freiheit im Internet und in den sozialen Medien darf nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Was auch immer beschlossen wird, es muss sich auf solide Daten und verlässliche Analysen stützen. Im Zweifel ist hier weniger Regulierung die bessere Wahl als ein zensiertes Internet.

Wie stehen wir zur EU?

27 verschiedene Länder - und in allen sollen die gleichen Regeln gelten? Das ist Gleichmacherei und hat noch nie funktioniert. Deshalb ist für uns klar: Wann immer es möglich ist, sollten sich Länder selbst ihre Regeln geben. Die Bürokraten in Brüssel braucht es dafür nicht.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



evp Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



EKR Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Wir müssen gegen gezielte Fake News vorgehen, ohne einfach unliebsame, kritische Stimmen zu verbieten. Die EU darf die Meinungsvielfalt nicht beschränken.

Meine Argumente

Nicht jeder kritische Post ist falsch – Fake News sind ein ernstzunehmendes Problem für unsere Gesellschaft. Doch nicht jede kritische Nachfrage oder nicht ganz richtige Information ist direkt böse Desinformation, um die Menschen zu manipulieren. Die EU darf nicht vorgeben, was richtig oder falsch ist.

Wohlstand sichern – Der digitale Markt ist ein aufstrebender Markt und die Zukunft der europäischen Wirtschaft. Wir gefährden unseren Wohlstand, wenn wir digitalen Firmen Steine in den Weg legen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Nationale Entscheidung – Wer soll zukünftig entscheiden, was Fake News sind? Unsere nationale Regierung ist besser in der Lage, gegen Fake News vorzugehen und das Wohl unserer polnischen Nation zu sichern. Deswegen spreche ich mich klar gegen eine EU-weite Regelung aus!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die EU tut sich keinen Gefallen, den Datenschutz gegen angebliche Hassrede auszuspielen.

Meine Argumente

Daten gehören den User:innen – Jahrelang haben wir im Europäischen Parlament über ein sinnvolles Datenschutzgesetz gestritten. Jetzt sollen wir das alles wieder über Bord werfen, um auf vermeintliche „Hate Speech“ zu reagieren? Es gibt ein Recht auf Anonymität im Netz!

Nationale Regeln – Unsere nationalen Gerichte werden ja total übergangen, wenn die EU nun Regeln für die Behörden und Verfolgung von Täter:innen vorgibt. Einem solchen Eingriff in unsere Souveränität haben wir nie zugestimmt.

Fehlende Definition – Solange sich nicht klar definieren lässt, was jetzt eine Beleidigung und was ein schlecht gemeinter Witz ist, bringen solche Verpflichtungen den Unternehmen rein gar nichts, sondern stiften nur Verwirrung. Hate Speech wird oft mit kritischer Meinungsäußerung gleichgesetzt, das ist gefährlich!



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Manon Pellinier



Europäisches Parlament



Fraktion der Linken



Frankreich



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Ich bin Manon Pellinier, 41 Jahre alt und komme aus Paris. Für Gerechtigkeit setze ich mich schon mein ganzes Leben lang ein. Die EU ist eine Chance für mehr Gerechtigkeit und gute Lebensverhältnisse in ganz Europa. Aber nur, wenn wir es richtig angehen. Für die Digitalpolitik erhoffe ich mir, dass die EU endlich Regeln für ein sicheres Internet für alle schafft.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Linken

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion der Linken im Europäischen Parlament. Wir wünschen uns, dass die EU aufhört, in erster Linie der Wirtschaft zu dienen und stattdessen endlich mehr für einfache Leute und benachteiligte Gruppen tut.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

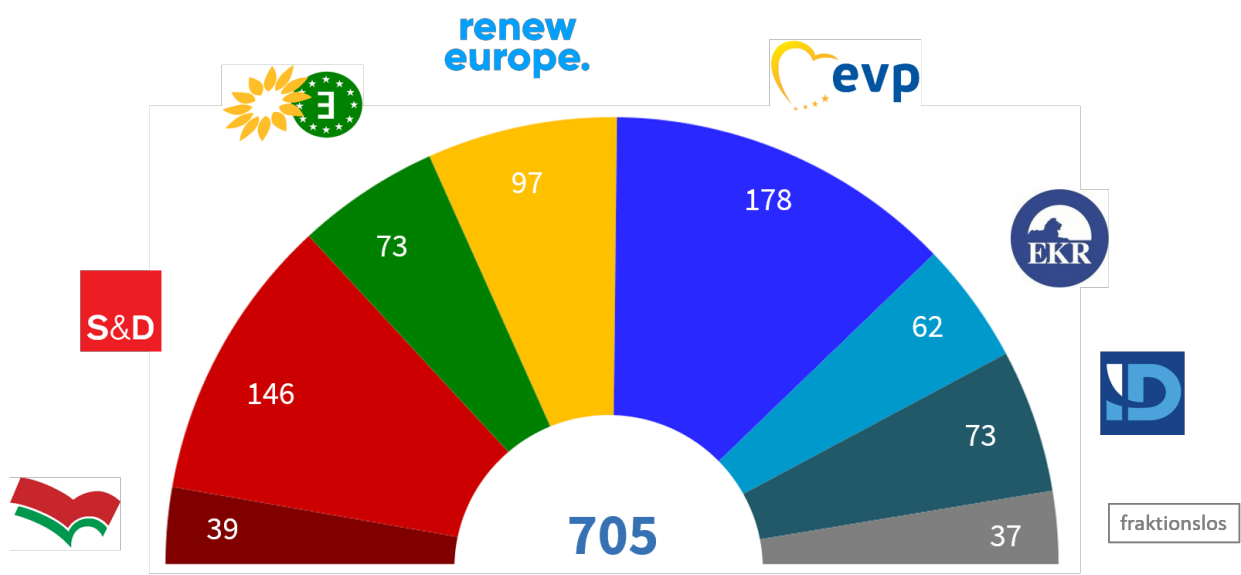
Fake News und Hate Speech können sich nur deshalb so gut ausbreiten, weil das Internet bisher ein völlig unregulierter Raum ist. Was wir brauchen, sind ganz klare Regeln für das Netz und eine offene Debatte darüber, wie wir gegen Hassrede und Desinformation vorgehen können. Das ist Aufgabe der Politik und nicht eine Frage, die wir den großen Konzernen überlassen können.

Wie stehen wir zur EU?

Gemeinsame, europäische Lösungen sind grundsätzlich der beste Weg – wenn sie sozial gerecht sind. Wenn die EU aber nur dafür benutzt wird, Großkonzernen das Leben leichter zu machen, wenden wir uns entschieden dagegen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung

- | | | | |
|---|---------------------------------------|---|--|
|  | GUE/NGL
Links/Sozialistisch |  | Europäische Volkspartei
Konservativ |
|  | S&D
Sozialdemokratisch |  | Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ |
|  | Grüne
Grün/ökologisch |  | Identität & Demokratie
Rechtsnational |
|  | Renew Europe
Liberal | | |

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Fake News sind ein großes Problem, das wir ernst nehmen müssen. Aber unkontrolliert Beiträge löschen zu lassen, ist nicht die Lösung.

Meine Argumente

Demokratie in Gefahr - Fakten sind die Grundlage für jede demokratische Diskussion. Falschmeldungen können unsere Demokratie gefährden, weil sie Menschen verunsichern, manipulieren und beeinflussen.

Keine Macht den Konzernen - Einfach den großen Social Media Plattformen die Verantwortung zu übergeben, ist falsch. Die Digitalkonzerne haben schon sehr viel Macht. Wenn sie jetzt noch entscheiden, welche Posts sie löschen und welche im Netz bleiben dürfen, werden sie noch mächtiger.

Staatliche Prüfung - Wir brauchen eine unabhängige Stelle, die gemeldete Posts prüft. Das Verfahren muss für alle nachvollziehbar sein. Wer den Post geschrieben hat, muss die Gelegenheit bekommen, sich zu erklären. Was sich dann trotzdem als Desinformation herausstellt, wird gelöscht.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Um die Gesellschaft nicht zu spalten, brauchen wir einen offenen Austausch und klare Gesetze gegen Hassrede.

Meine Argumente

Datenschutz ist ein Menschenrecht - Unter dem Vorwand, gegen Kriminalität im Netz vorzugehen, werden Datenschutz und das Recht auf Privatsphäre im Netz immer weiter beschnitten. Das kann nicht die Lösung im Kampf gegen Hate Speech sein!

Einzige Möglichkeit - Dennoch ist die Herausgabe von Daten aktuell die beste Möglichkeit, um Täter:innen für ihre Online-Hetze zu belangen. Das kann aber nur eine Zwischenlösung sein, da der Schutz vor Diskriminierung und der Schutz der eigenen Daten Hand in Hand gehen müssen.

Langfristige Strategie - Wir brauchen als EU einen gemeinsamen Plan, um Menschen dauerhaft vor Gewalt und Diskriminierung zu schützen. Möglichkeiten könnten z. B. Bildungsprojekte oder die Sperrung von Täterprofilen sein. Wir müssen weiter eng zusammenarbeiten, um nachhaltige Lösungen zu finden.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Monika Vollath



Europäisches Parlament

**renew
europe.** Fraktion der
Liberalen



Estland



Mitglied im Ausschuss
für Digitales

Wer bin ich?

Mein Name ist Monika Vollath, ich bin 54 Jahre alt und komme aus dem estnischen Tartu. Als Abgeordnete im Europäischen Parlament setze ich mich für ein angemessenes Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik ein. Die digitale Welt ist unsere Zukunft - wir sollten sie fördern.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?

Wer sind wir?

Unsere liberale Fraktion Renew Europe (RE) ist die drittstärkste Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist es, die Freiheit der Bürger:innen zu schützen und die Wirtschaft vor zu großen Eingriffen des Staates zu bewahren.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

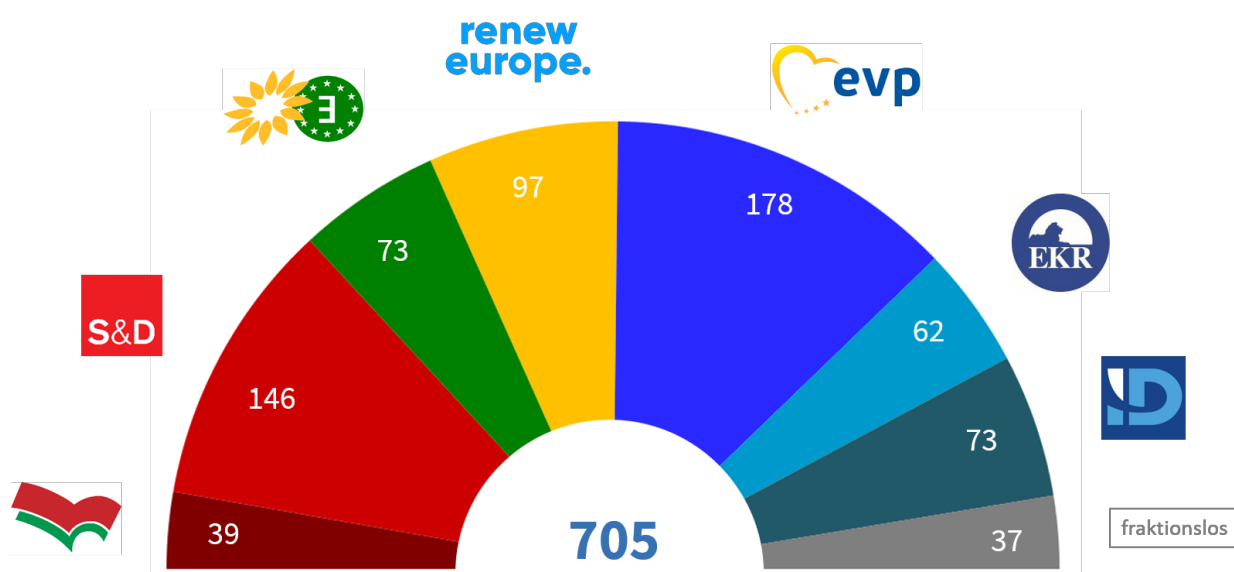
Wir brauchen klare Regeln, um die europäischen Bürger:innen vor Desinformation und Hassrede zu schützen. Gleichzeitig muss sich aber auch die Digitalwirtschaft weiter entfalten können und die freie Meinungsäußerung darf nicht eingeschränkt werden.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist der größte Wirtschaftsraum der Welt und hat den Europäer:innen großen Wohlstand gebracht. Diesen Wohlstand dürfen wir nicht gefährden, indem wir jedes kleinste Detail auf EU-Ebene für alle gleich regeln wollen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Der Ausbau der Digitalwirtschaft macht die EU im internationalen Vergleich attraktiv. Diesen Prozess müssen wir fördern, strenge Gesetze für digitale Firmen sind fehl am Platz.

Meine Argumente

Zusammenarbeiten - Um Arbeitsplätze zu sichern und die Digitalwirtschaft zu fördern, muss die EU mit Online-Unternehmen statt gegen sie arbeiten. Der Vorschlag, Inhalte sofort zu löschen, ist nicht umsetzbar. Nur Warnhinweise sind ein realistischer Weg, gezielt Fake News zu bekämpfen.

Unternehmen nicht überfordern - Es ist gut, dass die Politik sich sinnvolle Regeln überlegt, wie Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt werden können. Aktuell kämpfen die Plattformen ganz allein gegen Desinformation auf ihren Seiten. Wir sollten sie fördern und beim technischen Ausbau ihrer Seiten unterstützen, auch finanziell.

Bürger:innen nicht bevormunden - Werden Inhalte gelöscht, könnten Menschen den Eindruck gewinnen, dass die Politik ihre Meinungen beschränken will. Deswegen sollten wir lieber auf Warnhinweise und die Vernunft der Bürger:innen setzen. Das ist Freiheit!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die Politik darf die Verantwortung nicht auf die Unternehmen abladen. Plattformbetreiber sind nicht die Verursacher von Hass und Hetze.

Meine Argumente

Freiheit und Sicherheit in Einklang bringen - Auf der einen Seite sollten sich Nutzer:innen im Netz unbedingt frei bewegen können, auf der anderen Seite ist Hate Speech ein absolutes No-Go! Eine Pflicht zur Herausgabe von Daten schränkt die Freiheit im Netz aber zu stark ein.

Langfristige Lösungen finden - Anstatt über die Überwachung des Internets zu diskutieren, sollten Gelder in die technologische Weiterentwicklung von Erkennungssoftware von Hass gesteckt und Bildungsprojekte gefördert werden.

Unternehmen nicht allein lassen - Online-Plattformen genießen ein großes Vertrauen ihrer Nutzer:innen. Wenn sie einfach die Daten derer herausgeben, die ihre Dienste nutzen, wird die Bevölkerung verunsichert sein und im schlimmsten Fall den Glauben in das freie Internet verlieren. Das kann auch für die wirtschaftliche Lage der Unternehmen zum Problem werden!



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Marek Brudziński



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Polen



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Marek Brudzinski. Ich bin 48 Jahre alt und wohne mit meiner Frau in Danzig. Meine zwei Kinder sind schon erwachsen und studieren im Ausland. Politik ist meine Leidenschaft. Mein Ziel ist dabei immer, möglichst sinnvolle Regeln zu finden, die allen Interessen gerecht werden.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

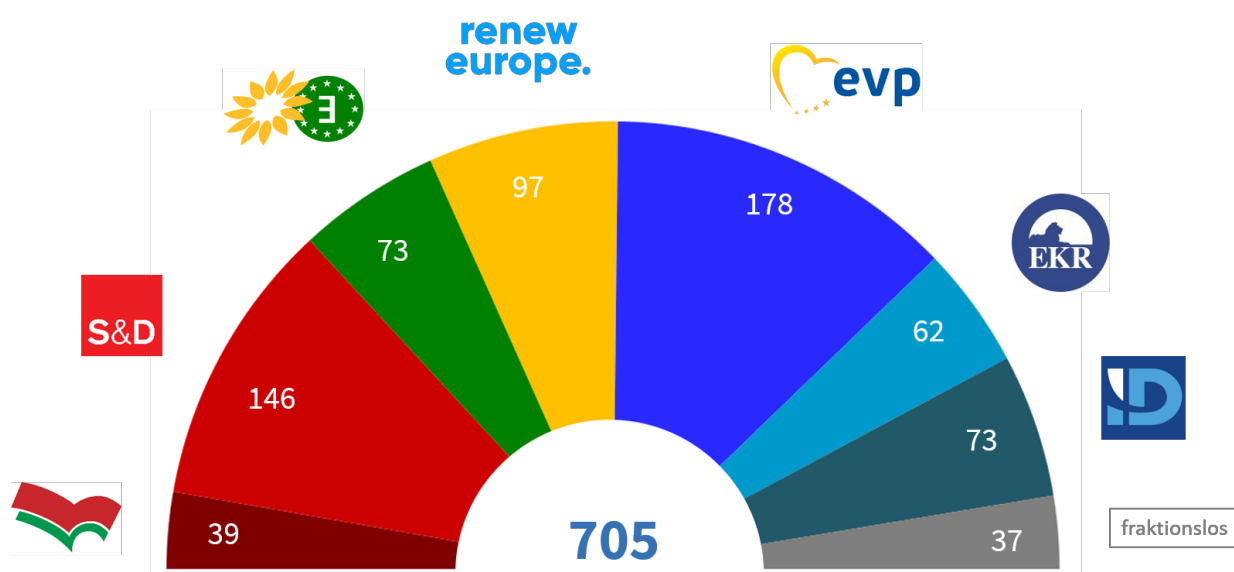
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Bürger:innen müssen Informationen im Netz vertrauen können. Falschmeldungen müssen gelöscht werden.

Meine Argumente

Schutz vor Fake News – Meinungsfreiheit ist wichtig, Menschen sollten ihre Gefühle und Vorstellungen teilen dürfen. Das Internet darf aber nicht von Falschmeldungen überflutet werden.

Unterstützung der Zivilgesellschaft – Bürgerinitiativen, Vereine und Gruppen kämpfen seit Jahren gegen Unwahrheiten im Netz. Wir als EU müssen sie ernst nehmen und auf ihre Forderungen reagieren.

Regeln als Rahmen – Digitale Unternehmen, die Social Media-Plattformen betreiben, werden wirtschaftlich immer wichtiger. Wir müssen die Chance nutzen, ihnen sinnvolle, aber auch faire Regeln zu setzen!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Das Internet muss sicherer werden. Die Politik muss den nationalen Behörden die Arbeit erleichtern.

Meine Argumente

Nutzung der Daten – Der Schutz der Privatsphäre ist uns sehr wichtig, aber die Online-Plattformen haben viele Informationen über Personen sowieso gesammelt. Wenn diese Daten da sind, sollten wir sie im Ernstfall auch nutzen können.

Rechtlicher Rahmen – Eine Strafverfolgung ist wesentlich einfacher, wenn die Online-Plattformen kooperieren. Dies hat in den letzten Jahren nicht funktioniert, deswegen braucht es jetzt ein klares Gesetz.

Datenaustausch ermöglichen – Hate Speech ist eine große Gefahr, vor allem wenn es nach Aufrufen zu Gewalt zu Ausschreitungen und Verletzungen kommt. In diesen Fällen müssen Daten unverzüglich an die Behörden weitergereicht werden. Bei anderen Formen von Beleidigungen oder verletzenden Bemerkungen ist diese Regelung für uns nicht notwendig.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Tanja Zver



**Sozialdemokratische
Fraktion**



Europäisches Parlament



Slowenien



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Ich bin Tanja Zver und komme aus Rakovec, einem kleinen Ort an der slowenisch-kroatischen Grenze. Seit dem Beitritt Kroatiens bedeutet die EU für mich privat vor allem Reisefreiheit zu unseren Nachbar:innen. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam mit unseren Verbündeten im EU-Parlament noch viele wichtige Dinge für die EU-Bürger:innen ganz konkret bewegen können.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Sozialdemokrat:innen

Wer sind wir?

Wir sind die „Sozialdemokratische Fraktion“ (S&D). Wir sind die zweitgrößte Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Dafür setzen wir uns in der EU ein.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

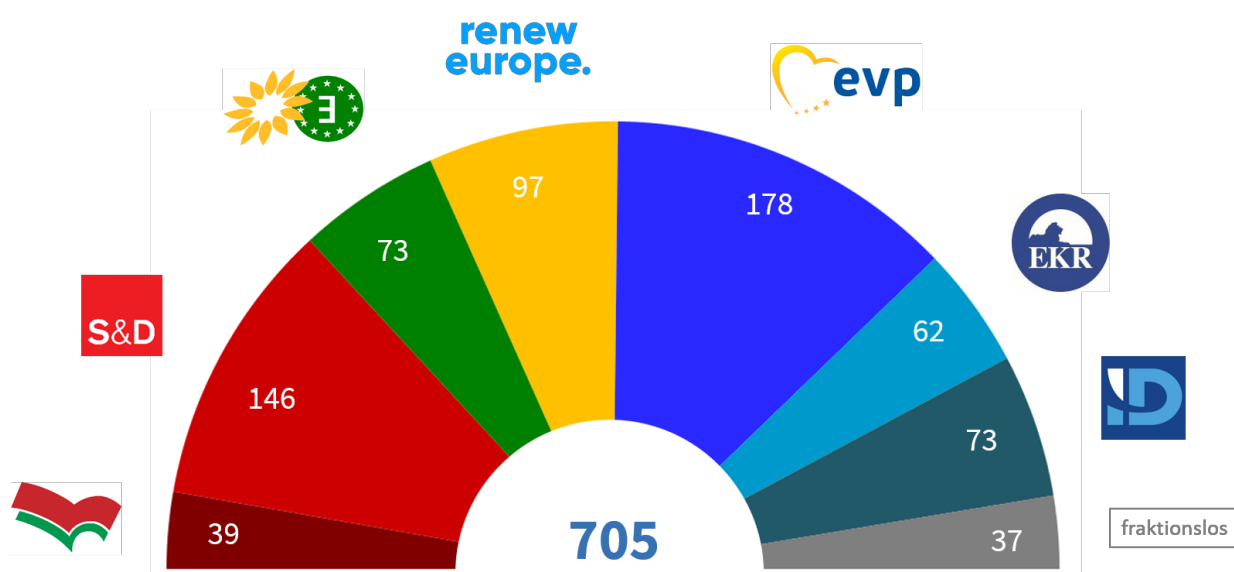
Das Internet macht vieles möglich. Gleichzeitig sehen wir, dass immer mehr Hass und Lügen verbreitet werden und große Online-Konzerne Profit daraus schlagen. Diese Entwicklung bedroht die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften. Was wir brauchen sind klare Regeln, die unsere Bürger:innen schützen und gleichzeitig der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist ein gigantisches Friedensprojekt - bisher ein erfolgreiches. Viele grenzüberschreitende Probleme können wir nur zusammen mit unseren Nachbarländern lösen, das schweißt zusammen. Gemeinsam können wir sinnvolle Regeln beschließen, die dank unserer Größe weltweit Bedeutung haben. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist - und nicht umgekehrt.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



evp Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



EKR Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Fake News bedrohen die öffentliche Debatte! Wer sich für Meinungsfreiheit einsetzt, muss sich für die Löschung von Falschmeldungen stark machen.

Meine Argumente

Meinungsfreiheit statt Fake News schützen – Falsche Inhalte zu posten, ist keine Meinungsfreiheit - vielmehr gefährdet es diese! Denn um eine freie Meinung zu entwickeln, muss man sich zunächst informieren. Und dafür sind wir auf wahre Inhalte im Netz angewiesen.

Frist für die Löschung einführen – Falsche Posts müssen schnell gelöscht werden. Wenn jemand einen Post meldet, müssen die Plattformbetreiber sofort aktiv werden und innerhalb von 48 Stunden prüfen, ob der Post Fakt oder Fake ist. Falschmeldungen müssen dann direkt aus dem Feed genommen werden.

Es braucht jeden – Notwendig ist auch ein stärkeres Engagement von Nutzer:innen, um Betreiber auf entsprechende Inhalte hinzuweisen und Rechtsverletzungen anzuzeigen. Nur so können Fake News schnell von den Plattformen verschwinden.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Niemand muss sich beschimpfen lassen! Was wir brauchen sind langfristige Strategien zum Umgang im Netz.

Meine Argumente

Regeln für Plattformbetreiber – Es braucht klare Regeln für die Plattformbetreiber, da sie freiwillig kaum etwas gegen Hate Speech unternehmen. Wenn die Behörden wegen Hate Speech ermitteln, dürfen die Plattformen nicht wegschauen und so tun, als hätten sie damit nichts zu tun.

Datenaustausch fördern – Täter:innen dürfen sich im Internet nicht anonym und sicher fühlen. Es muss klar sein: Wer Menschen beleidigt und bedroht, wird bestraft. Deshalb sollten die Daten der Täter:innen immer an die Polizei weitergeleitet werden.

Strategien für die Zukunft – Digitale Bildung sollte schon in der Schule anfangen und auch Unternehmen sollten ihre Mitarbeiter:innen in diesem Bereich weiterbilden. Nur, wenn alle Menschen verstehen, welchen Einfluss Hass und Gewalt haben, unterstützen sie unseren Kampf gegen Hate Speech.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Francisco Gusmão



Europäisches Parlament



Grüne Fraktion



Portugal



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Francisco Gusmão. Ich bin 49 und ich komme aus Aveiro in Portugal. Ich engagiere mich schon lange dafür, dass unsere Zukunft nachhaltiger und sozialer für alle wird. Dazu gehört für mich auch ein fairer Umgang mit Menschen - online wie offline. Dafür mache ich mich im Europäischen Parlament stark.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist die Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Grünen

Wer sind wir?

Wir vertreten die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Wir sind im Widerstand zur globalen Umweltzerstörung entstanden, sehen uns heute aber auch als fortschrittliche Kraft zum Schutz der Bürgerrechte in der ganzen EU und stellen uns gegen jede Form der Diskriminierung.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

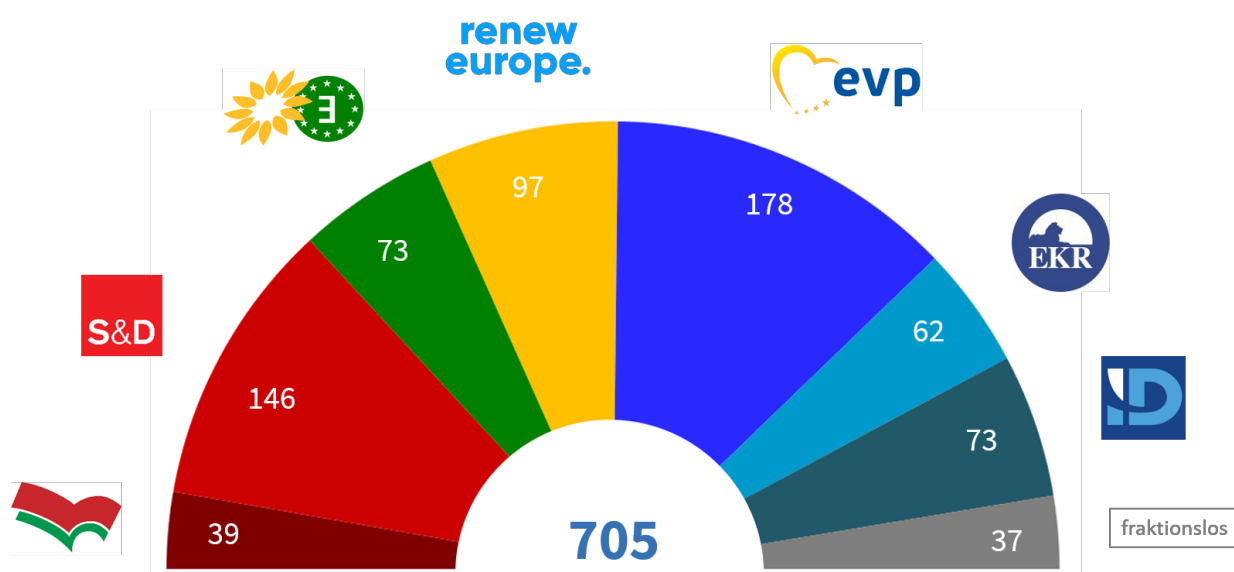
In den vergangenen Jahren hat die Politik den Internet-Riesen wie Google oder Facebook freie Hand gelassen, welche Inhalte sie auf ihren Plattformen zulassen und welche sie löschen. Es ist Zeit, dass wir das wieder selbst in die Hand nehmen und als Gesellschaft diskutieren, was im Internet erlaubt ist und was nicht.

Wie stehen wir zur EU?

Die digitale Welt wird dominiert von wenigen großen Konzernen und die Probleme, die sie verursachen, machen nicht an Landesgrenzen halt. Als EU haben wir die Macht, gemeinsam Regeln zu schaffen und diese europaweit durchzusetzen. Diese Chance müssen wir nutzen und gemeinsam handeln!

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Wenn wir nichts gegen Fake News unternehmen, werden sich Rechtsextreme das zunutze machen, um unsere Demokratien zu destabilisieren. Das müssen wir entschieden verhindern.

Meine Argumente

An einem Strang ziehen - Es gefährdet unsere demokratischen Strukturen, wenn Menschen im Internet von Falschinformationen überflutet werden. Wir dürfen die Gefahr, die von Fake News ausgeht, nicht unterschätzen, sondern müssen gemeinsam an einem Strang ziehen - Politik und Plattformbetreiber.

Markierungsfunktion einführen – Lügen verbreiten sich schnell im Internet. Deswegen sollten Social Media-Plattformen Falschmeldungen zügig selbst markieren.

Unabhängige Prüfung – Ich bin aber dagegen, dass die großen Digitalkonzerne wie Facebook, Instagram und Co selbst darüber entscheiden, welche Posts gelöscht werden. Das sollte durch unabhängige Stellen entschieden werden.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Es gibt kein Recht darauf, andere zu beleidigen und zu bedrohen! Wer Hate Speech mit freier Meinungsäußerung verwechselt, hat etwas falsch verstanden.

Meine Argumente

Schnelle Reaktion - Wenn Menschen im Internet bedroht oder herabgewürdigt werden, müssen Facebook, Instagram und Co. reagieren - und zwar schnell! Sie sollten verpflichtet werden, auf Aufforderung alle Daten zu potenziellen Täter:innen innerhalb von 48 Stunden an die Polizei weiterzugeben.

Keine Straffreiheit im Netz - Solidarität mit den Opfern zeigt sich auch durch ein entschiedenes Vorgehen bei der Strafverfolgung von Täter:innen. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung erlaubt keine rassistischen, sexistischen oder antisemitischen Beleidigungen und Bedrohungen.

Rechte kennen - Außerdem sollten sich Opfer durch Beratungsangebote über ihre Rechte informieren können. Auf diese Angebote müssen die Online-Plattformen hinweisen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Tanja Vilimsky



**Identität &
Demokratie**



Österreich



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**



Europäisches Parlament

Wer bin ich?

Mein Name ist Tanja Vilimsky, ich bin 42 Jahre alt und wohne mit meiner Tochter zusammen in Innsbruck und habe hier vor meiner Wahl ins Europäische Parlament als Rechtsanwältin gearbeitet. Im EU-Parlament setze ich mich dafür ein, dass Recht und Gesetz auch wirklich eingehalten werden und die EU nicht immer mehr Macht an sich reißt.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion Identität & Demokratie

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion „Identität und Demokratie (ID)“. Wir finden, die EU ist in erster Linie ein elitäres Projekt, mit dem die europäischen Nationalstaaten abgeschafft werden sollen. Um das zu verhindern, setzen wir uns im Europäischen Parlament dafür ein, dass die Macht bei den Nationalstaaten bleibt.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

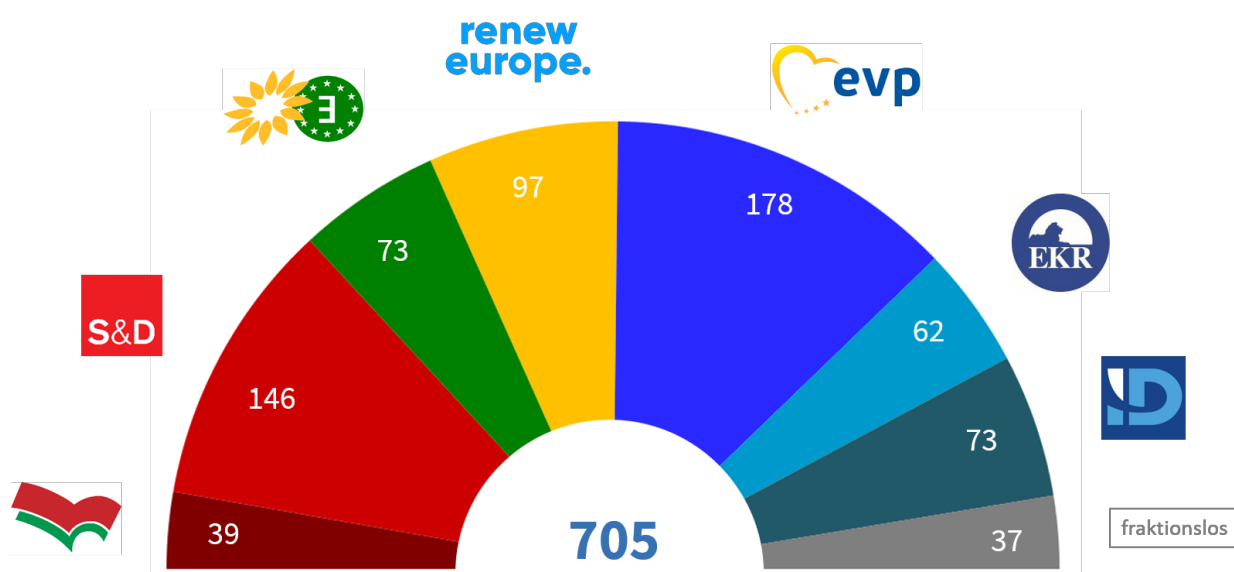
Es ist unsere Aufgabe als EU-Politiker:innen, die Meinungsfreiheit zu schützen. Dies gilt auch für unbequeme Meinungen. Das muss eine Demokratie aushalten. Wie die anderen Fraktionen gegen Hate Speech und Fake News vorgehen wollen, kommt einer Abschaffung der Meinungsfreiheit gleich. Da machen wir nicht mit!

Wie stehen wir zur EU?

Die EU brauchen wir nicht, sie wird nie die Nationalstaaten ersetzen können. Wir können unsere Probleme am besten selbst lösen, vor Ort in unseren Ländern.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Plattformanbieter dürfen nicht zu Richtern über Richtig und Falsch werden.

Meine Argumente

Klare Verantwortlichkeiten - Wir stehen vor der Frage: Wer sollte entscheiden, was im digitalen Raum veröffentlicht werden kann und was nicht? Ich finde: Ob ein Post gelöscht, geschwärzt oder mit Warnhinweisen versehen werden sollte, muss durch unabhängige Gerichte entschieden werden, nicht durch Online-Giganten.

Kein schwarz oder weiß - Es ist gar nicht immer so einfach zu sagen, bei welchen Informationen es sich wirklich um falsche Nachrichten handelt. Auf keinen Fall darf das Konzernen überlassen werden. Sonst löschen die am Ende alles, was den politischen Eliten in Europa nicht gefällt.

Nationale Zuständigkeit - Sowieso sollte nicht die EU Regeln für Fake News aufstellen. Das ist die Rolle des Gesetzgebers - und zwar des nationalen! Da hat die EU gar nichts zu entscheiden.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die Sorgen der Bürger:innen ernst nehmen, anstatt sie mundtot zu machen.

Meine Argumente

Ursprünge verstehen - Ja, manche Meinungen, die online geäußert werden, klingen auf den ersten Blick manchmal ziemlich extrem. Aber wir sollten uns zuallererst mal fragen, wo diese Positionen herkommen.

Zuhören, statt verurteilen - Viele Menschen fühlen sich und ihre Sorgen seit Jahren nicht ernst genommen. Ihnen werden tagtäglich Dinge zugemutet - vom Kohleausstieg über das Asylbewerberheim in der Nachbarschaft bis hin zur Maskenpflicht - ohne dass sie jemals nach ihrer Meinung gefragt werden.

Raum für Diskussion bieten - Da müssen wir uns nicht wundern, wenn den Leuten auch mal der Kragen platzt! Wir sollten deswegen gerade Raum für Austausch bieten und diesen mitgestalten, anstatt kritische Stimmen nur zum Schweigen zu bringen, indem wir Plattformen verpflichten, persönliche Daten herauszugeben. Soziale Medien sind eine Chance und keine Gefahr!



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Ivana Tomašić



**Fraktion der
Nationalkonservativen**



Europäisches Parlament



Kroatien



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Mein Name ist Ivana Tomašić. Ich wohne mit meiner Familie in Zadar. Schon bevor Kroatien 2013 der EU beigetreten ist, war ich skeptisch, ob das eine gute Idee ist. Heute sehe ich mich bestätigt: In Brüssel werden zu viele unnötige Regeln beschlossen. Um das zu ändern, bin ich in die EU-Politik gegangen.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Nationalkonservativen

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion der EU-skeptischen "Europäischen Konservativen und Reformer" (EKR). Unserer Meinung nach müssen wir genau schauen, wann gemeinsame europäische Gesetze wirklich sinnvoll sind - und wann nicht! Unser Ziel ist es, wirtschaftliche Freiheit und nationale Traditionen zu erhalten.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

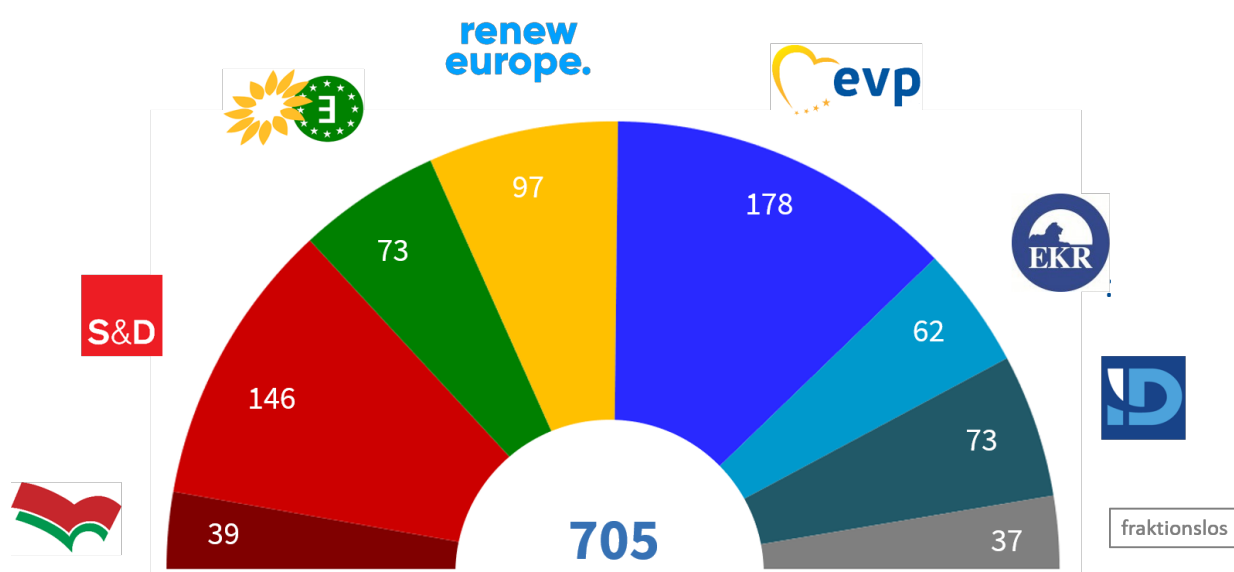
Die Freiheit im Internet und in den sozialen Medien darf nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Was auch immer beschlossen wird, es muss sich auf solide Daten und verlässliche Analysen stützen. Im Zweifel ist hier weniger Regulierung die bessere Wahl als ein zensiertes Internet.

Wie stehen wir zur EU?

27 verschiedene Länder - und in allen sollen die gleichen Regeln gelten? Das ist Gleichmacherei und hat noch nie funktioniert. Deshalb ist für uns klar: Wann immer es möglich ist, sollten sich Länder selbst ihre Regeln geben. Die Bürokraten in Brüssel braucht es dafür nicht.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



evp Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



EKR Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Was fehlt, ist die Digitalkompetenz bei den Bürger:innen. Regeln für Plattformbetreiber ändern daran nichts.

Meine Argumente

Spaltung der Gesellschaft – Fake News sind ein ernstzunehmendes Problem. Sie vergiften die politische Atmosphäre und spalten die Gesellschaft.

Meinungsfreiheit in Gefahr – Private Firmen zu verpflichten, Millionen von Posts nach Desinformationen zu durchsuchen und diese zu löschen, ist nicht nur eine Zumutung für diese Firmen. Es ist auch eine Gefahr für die Meinungsfreiheit. Oder wollen wir wirklich Unternehmen entscheiden lassen, was gesagt werden darf und was nicht?

Aufklärung durch Bildung – Das Einzige, was hilft, ist es, die Bürger:innen zu befähigen, Fake News selbst zu erkennen. Das lässt sich aber nicht einfach per Gesetz bestimmen. Hier braucht es gezielte Bildungsprogramme in den Mitgliedstaaten.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Straftäter:innen dürfen sich nicht verstecken können. Wer anderen Gewalt androht, dessen Name muss von den Plattformbetreiber offengelegt werden.

Meine Argumente

Weniger Drama – Nicht jede kleine Beleidigung im Internet muss direkt verfolgt werden. Unsere Gesellschaft neigt in den letzten Jahren dazu, schnell aus einer Mücke einen Elefanten zu machen - besonders wenn es um „politisch inkorrekte“ Äußerungen geht.

Gewalt als Grenze – Klare Aufrufe zur Gewalt sind da etwas anderes: Hier handelt es sich um handfeste Straftaten. Diesen Täter:innen dürfen die Plattformen kein Versteck bieten.

Verantwortung übernehmen – Die Plattformbetreiber sind selbst Schuld daran, wenn ihnen jetzt mit strikten Regeln begegnet wird. Hätten sie früher selbst etwas gegen das Problem getan, müsste die EU jetzt auch nicht tätig werden.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Luke Wallace



Europäisches Parlament



Fraktion der Linken



Irland



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Luke Wallace. Ich bin 38 Jahre alt und wohne in Cork, Irland. Die EU kann uns die Chance bieten, gemeinsam etwas gegen die Macht der Digitalunternehmen zu tun und damit die Bürger:innen vor Hass und Falschmeldungen zu schützen. Digitalpolitik betrifft uns alle, das Internet kennt keine nationalen Grenzen.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

85 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Linken

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion der Linken im Europäischen Parlament. Wir wünschen uns, dass die EU aufhört, in erster Linie der Wirtschaft zu dienen und stattdessen endlich mehr für einfache Leute und benachteiligte Gruppen tut.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

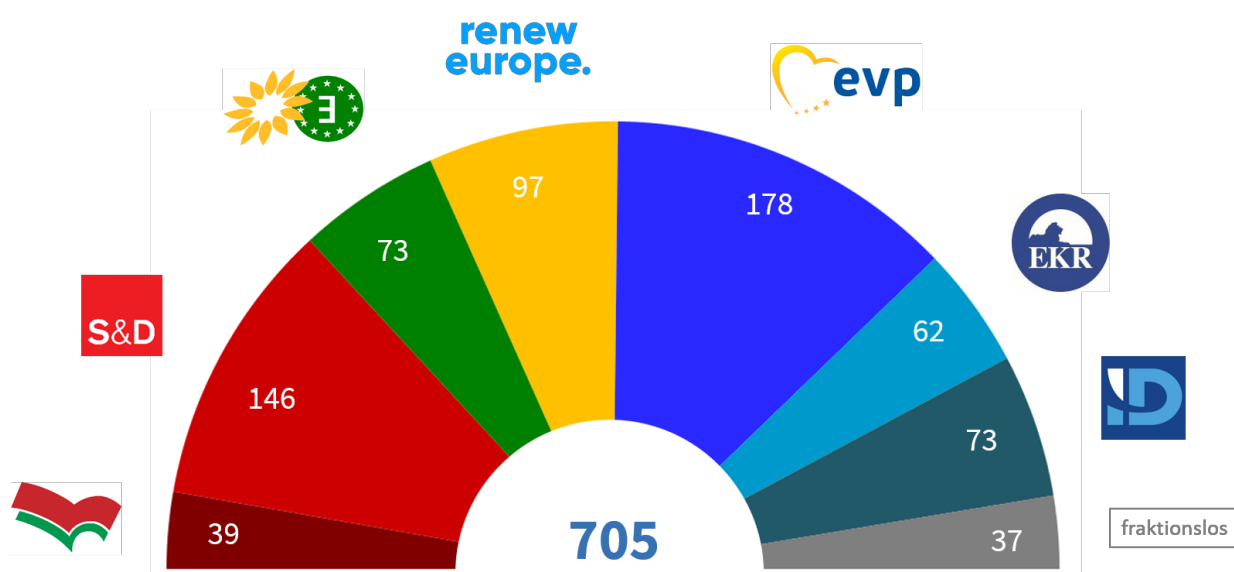
Fake News und Hate Speech können sich nur deshalb so gut ausbreiten, weil das Internet bisher ein völlig unregulierter Raum ist. Was wir brauchen, sind ganz klare Regeln für das Netz und eine offene Debatte darüber, wie wir gegen Hassrede und Desinformation vorgehen können. Das ist Aufgabe der Politik und nicht eine Frage, die wir den großen Konzernen überlassen können.

Wie stehen wir zur EU?

Gemeinsame, europäische Lösungen sind grundsätzlich der beste Weg – wenn sie sozial gerecht sind. Wenn die EU aber nur dafür benutzt wird, um Großkonzernen das Leben leichter zu machen, wenden wir uns entschieden dagegen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Niemand weiß mehr, was richtig und was falsch ist. Deshalb ist der Kampf gegen Fake News auch ein Kampf für mehr Teilhabe und Demokratie.

Meine Argumente

Nicht einfach löschen - Die Konzerne sollten nicht einfach Posts löschen dürfen. Klar, Lügen sind keine Meinung, aber was eine Lüge ist, sollten nicht die Plattformbetreiber entscheiden.

Kompromisse machen - Markierungen von gemeldeten Posts können die Nutzer:innen von Sozialen Medien vor Fake News warnen. Ich finde es kritisch, wenn die Digitalunternehmen selbst entscheiden, was markiert wird, aber es wäre ein Kompromiss.

Schutz der Nutzer:innen steht an erster Stelle - Um Fake News einzudämmen, sollten wir Lösungen finden, die Nutzer:innen beschützen, aber Unternehmen nicht noch mehr Einfluss geben. Mit einem klaren Katalog der EU, der Formen von Fake News benennt, könnte man die Handlungen der Unternehmen in die richtige Richtung lenken.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Datenschutz ist wichtig. Auch bei der Bekämpfung von Hate Speech müssen wir persönliche Daten schützen.

Meine Argumente

Datenschutz ist ein Menschenrecht - Um gegen Kriminalität im Netz vorzugehen, wird das Recht auf Privatsphäre und den Schutz der Daten immer weiter beschnitten. Wir positionieren uns klar gegen mehr Überwachung durch den Staat oder Unternehmen!

Hate Speech vor Veröffentlichung stoppen - Postet jemand Hassbeiträge, ist der Schaden angerichtet. Wir müssen den Sozialen Medien vorab klare Richtlinien geben, was gepostet werden darf und was menschenverachtend ist. Würden Hassbotschaften erst gar nicht hochgeladen, gäbe es auch weniger Opfer von Hate Speech.

Datenspeicherung verbieten - Es ist doch paradox: Unternehmen haben mehr Daten gesammelt als jede Behörde. Hier müssen wir aktiv werden und dies von vornherein unterbinden.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Yana Ansip



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Estland



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Ich heiße Yana Ansip, bin 41 Jahre alt und wohne mit meinem Partner in Tallinn. Ich persönlich finde es wichtig, dass wir gegen Fake News und Hate Speech endlich vorgehen, denn die Sicherheit der europäischen Bevölkerung ist in Gefahr. Als Europaabgeordnete ist es mein Ziel, dass wir diese in Zukunft besser erkennen, um dem einen Riegel vorzuschieben.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

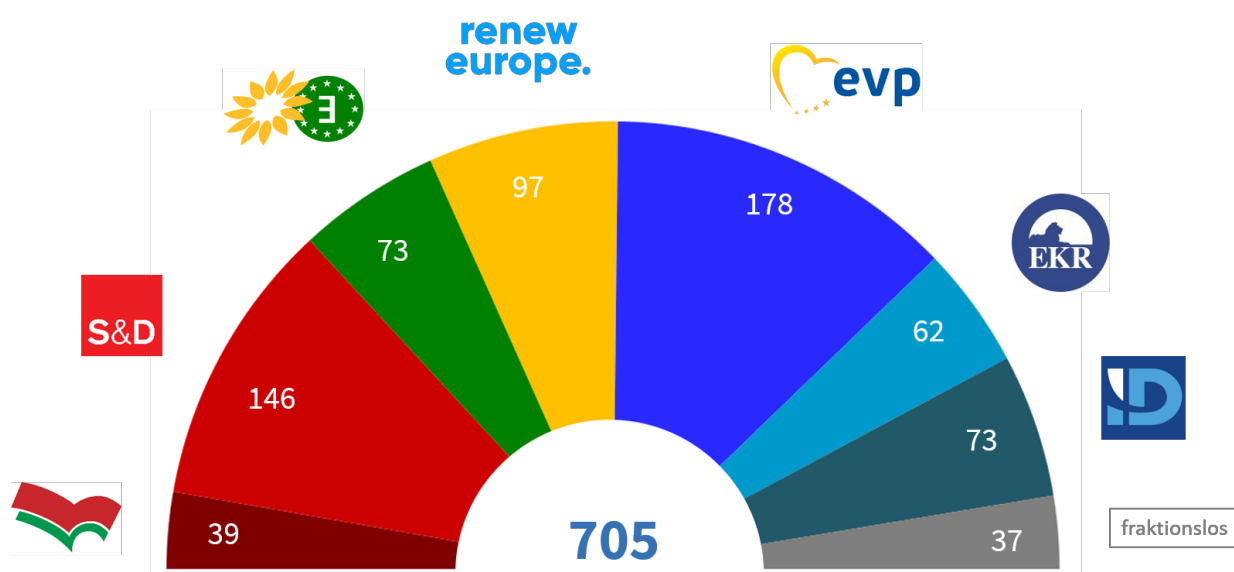
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Social Media Plattformen müssen dazu verpflichtet werden, auf verlässliche Quellen zu verweisen. Sie dürfen falschen Informationen keinen Platz bieten.

Meine Argumente

Schärfere Gesetze – Es gibt immer mehr Falschmeldungen im Netz. Diese verunsichern unsere Bevölkerung und führen dazu, dass viele nicht mehr an Demokratie oder unsere Grundwerte glauben. Das ist sehr gefährlich. Hier müssen wir durchgreifen!

Journalismus fördern – Es ist auch ein Gewinn für den freien und vielfältigen Journalismus, wenn gegen Fake News vorgegangen wird und seriöse Quellen bevorzugt angezeigt werden.

Auf Bildung setzen – Es gibt nicht die eine schnelle Lösung gegen Desinformation und Hass im Netz. Um den Umgang mit Medien zu lernen müssen Kinder, Jugendliche und auch Erwachsenen geschult werden—und das braucht Zeit.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Europa ist eine Wertegemeinschaft und steht für Vielfalt und Toleranz. Wir müssen die Demokratie verteidigen und Hassattacken auf Bürger:innen beenden.

Meine Argumente

Behörden unterstützen – Die Flut an Hate Speech und die Masse von Anzeigen durch die Opfer sind für Behörden europaweit ein Problem. Oft werden Täter:innen nicht geschnappt, da Online-Unternehmen keine Nutzerdaten an die Behörden übermitteln.

Datenschutz bleibt bestehen – Wenn ich auf der Straße jemanden beleidige, muss ich auch meinen Namen bei der Polizei angeben. Mehr will auch dieses Gesetz nicht. Deswegen würde diese Regelung aus meiner Sicht auch nicht gegen den Schutz der Privatsphäre verstoßen.

Einzigste Option für sicheres Netz – Viele Menschen fürchten, dass auch ihre Daten an die Behörden weitergegeben werden. Aber das ist nicht der Fall: Nur wenn Personen wiederholt gemeldet werden und auch die Behörden den Fall als Hassrede einstufen, müssen die Online-Unternehmen Daten herausgeben.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Andrus Mikser



Europäisches Parlament



**Sozialdemokratische
Fraktion**



Estland



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Ich bin Andrus Mikser, 42 Jahre alt und wohne in Tallinn. Estland ist in Sachen Digitalisierung vielen anderen EU-Ländern weit voraus. In keinem anderen Land Europas können die Bürger:innen so viele Behördengänge bequem von zu Hause erledigen. Ich bin Abgeordneter geworden, um die Digitalisierung auch in der EU voranzutreiben.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Sozialdemokrat:innen

Wer sind wir?

Wir sind die „Sozialdemokratische Fraktion“ (S&D). Wir sind die zweitgrößte Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Dafür setzen wir uns in der EU ein.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

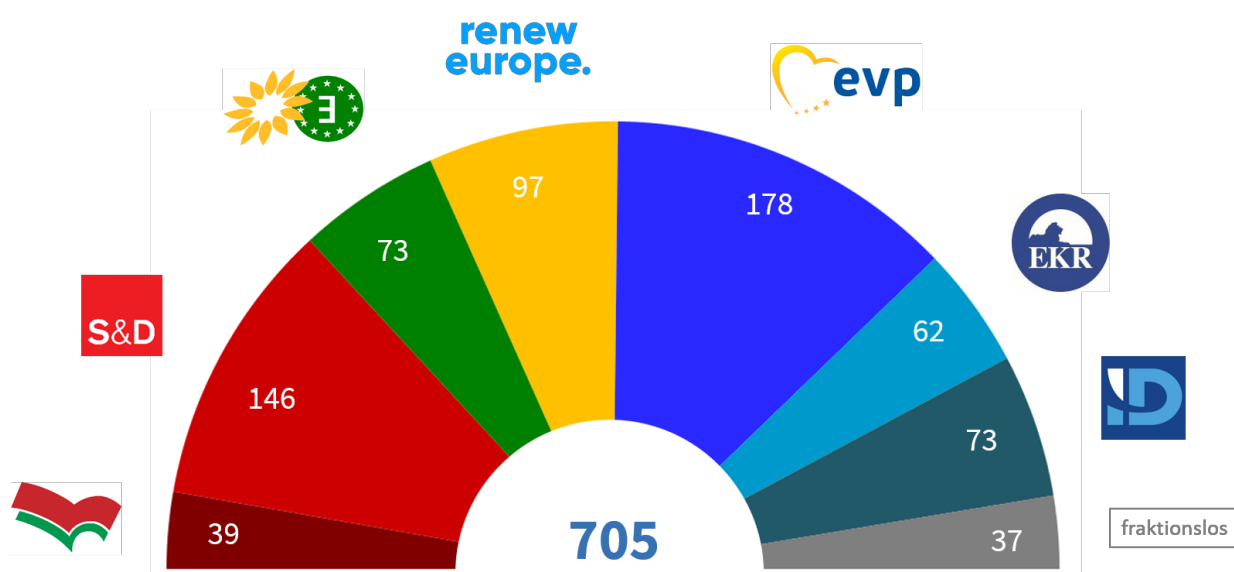
Das Internet macht vieles möglich. Gleichzeitig sehen wir, dass immer mehr Hass und Lügen verbreitet werden und große Online-Konzerne Profit daraus schlagen. Diese Entwicklung bedroht die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften. Was wir brauchen sind klare Regeln, die unsere Bürger:innen schützen und gleichzeitig der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist ein gigantisches Friedensprojekt - bisher ein erfolgreiches. Viele grenzüberschreitende Probleme können wir nur zusammen mit unseren Nachbarländern lösen, das schweißt zusammen. Gemeinsam können wir sinnvolle Regeln beschließen, die dank unserer Größe weltweit Bedeutung haben. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist - und nicht umgekehrt.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



evp Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



EKR Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Falschnachrichten gibt es nicht nur im Internet, aber dort verbreiten sie sich blitzschnell. Deshalb brauchen wir jetzt eine intelligente Lösung.

Meine Argumente

Digitalisierung geht alle etwas an – Es ist gefährlich, wenn die Politik im Alleingang Regeln für die digitale Welt aufstellt. Bevölkerung und Unternehmen müssen dringend in diese Debatte einbezogen werden.

Problem sichtbar machen – Fast jede:r weiß: Fake News sind ein Problem. Social Media Plattformen sollten dazu gezwungen werden, gemeldete Posts zu kontrollieren und mit Warnhinweisen zu versehen. So können sich die User:innen selbst ein Bild machen und sehen im besten Fall, wo sie sich informieren können.

Staatliche Faktenchecks – Die Politik darf aber nicht einfach ein Gesetz verabschieden und sich dann nicht weiter drum kümmern. Wir als EU sollten selbst Onlinedienste erstellen, auf denen Fakten geprüft und Fake News gemeldet werden können.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Sichere Datenweitergabe fördern und gleichzeitig die Behörden fit für die Digitalisierung machen.

Meine Argumente

Zeichen setzen – Wer Hate Speech im Internet sieht, sollte aktiv werden. Wenn Menschen beleidigt oder bedroht werden, dann darf niemand wegschauen. Es muss einfacher und schneller möglich sein, als User:in Hate Speech zu melden und Anzeige zu erstatten.

Problem auf beiden Seiten – Nicht nur bei den Plattformbetreibern sondern auch bei den Behörden liegt das Problem. Die Plattformen speichern viel zu viele Daten. Die Behörden hingegen sind kaum in der Lage, das Geschehen auf den Plattformen zu kontrollieren. In vielen Ländern fehlen außerdem nationale Regelungen zum Umgang mit Hate Speech.

Daten raus, aber sicher – Wurde online Hassrede verbreitet, müssen die Social-Media Plattformen mit der Polizei zusammenarbeiten und die Daten von Täter:innen an die Polizei weitergeben.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Grace Macmanus



Europäisches Parlament

**renew
europe.** Fraktion der
Liberalen



Irland



Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz

Wer bin ich?

Mein Name ist Grace Macmanus. Ich bin 38 Jahre alt und habe als Softwareentwicklerin gearbeitet, bevor ich ins EU-Parlament gewählt wurde. Ich bin Politikerin geworden, weil ich die Bedingungen für Unternehmen verbessern möchte. Es gibt einfach noch immer zu viel Bürokratie in Europa. Das möchte ich ändern.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?

Wer sind wir?

Unsere liberale Fraktion Renew Europe (RE) ist die drittstärkste Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist es, die Freiheit der Bürger:innen zu schützen und die Wirtschaft vor zu großen Eingriffen des Staates zu bewahren.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

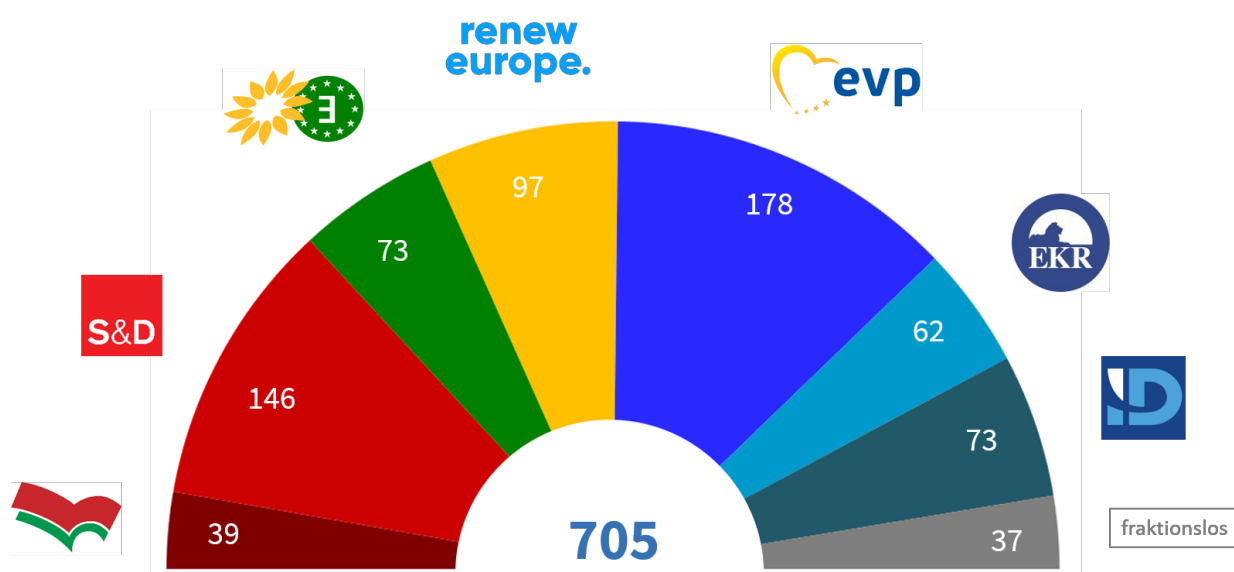
Wir brauchen klare Regeln, um die europäischen Bürger:innen vor Desinformation und Hassrede zu schützen. Gleichzeitig muss sich aber auch die Digitalwirtschaft weiter entfalten können und die freie Meinungsäußerung darf nicht eingeschränkt werden.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist der größte Wirtschaftsraum der Welt und hat den Europäer:innen großen Wohlstand gebracht. Diesen Wohlstand dürfen wir nicht gefährden, indem wir jedes kleinste Detail auf EU-Ebene für alle gleich regeln wollen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die EU muss das Problem zunehmender Desinformation angehen – aber nicht zulasten der Unternehmen, sondern mit ihnen.

Meine Argumente

Handeln: Jetzt! - Gezielte Desinformation wird ein immer größeres Problem. Menschen sind verunsichert und wissen nicht mehr, was richtig und was falsch ist.

Löschen ist kaum umsetzbar - Bisher gehen wir in der EU in dieser Frage zu naiv vor. Natürlich müssen wir das Internet als einen Ort verlässlicher Informationen wahren. Aber das bedeutet nicht, dass jede Aussage direkt geprüft und gelöscht werden kann.

Sinnvolle Lösungen finden - Sinnvoll ist es, bestimmte Schlagwörter mit Warnhinweisen zu versehen. Eine Warnung macht Fake News sichtbar und regt Betrachter:innen zum Nachdenken an. Um dieses System auszubauen und in intelligente Technologien hierfür zu investieren, sollten die Unternehmen Fördergelder der EU bekommen.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Hassrede ist in vielen Ländern eine Straftat. Da niemand Hetze auf seinen Seiten will, sollte auf das freiwillige Handeln der Unternehmen gesetzt werden.

Meine Argumente

Opfer von Hass kann jede:r werden - Hass im Netz ist ein großes Problem. Es gibt schon sinnvolle Gesetze dagegen, doch an einer guten Strafverfolgung fehlt es bisher. Das ist ein Problem der Behörden, nicht der Unternehmen.

Datenschutz nicht vergessen! - Natürlich sollen Plattformbetreiber den Behörden nicht beim kleinsten Verdacht die Namen von User:innen verraten müssen. In der EU gelten schließlich die striktesten Datenschutzgesetze der Welt.

Auf Freiwilligkeit setzen - Der erste Schritt sollte immer die Löschung oder Sperrung der Täterprofile sein. Das tun viele Online-Unternehmen schon in großem Maße. Bei wiederholter Hetze durch eine Person und starke Gewaltandrohung sollten die Unternehmen angeregt werden, Daten über die Täter:innen an die Behörden weiterzugeben.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Biljana Zovko



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Kroatien



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Mein Name ist Biljana Zovko. Ich wohne mit meiner Familie in Zagreb und bin 47 Jahre alt. Bevor ich ins Europaparlament gewählt wurde, war ich als Anwältin tätig. Mir ist schon immer wichtig, dass es Regeln für das Zusammenleben in der Gesellschaft gibt. Sie helfen der Bevölkerung, sich zu orientieren. Mein Ziel ist es, dass wir das Netz ähnlich wie andere Lebensbereiche regeln.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechend nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 -2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

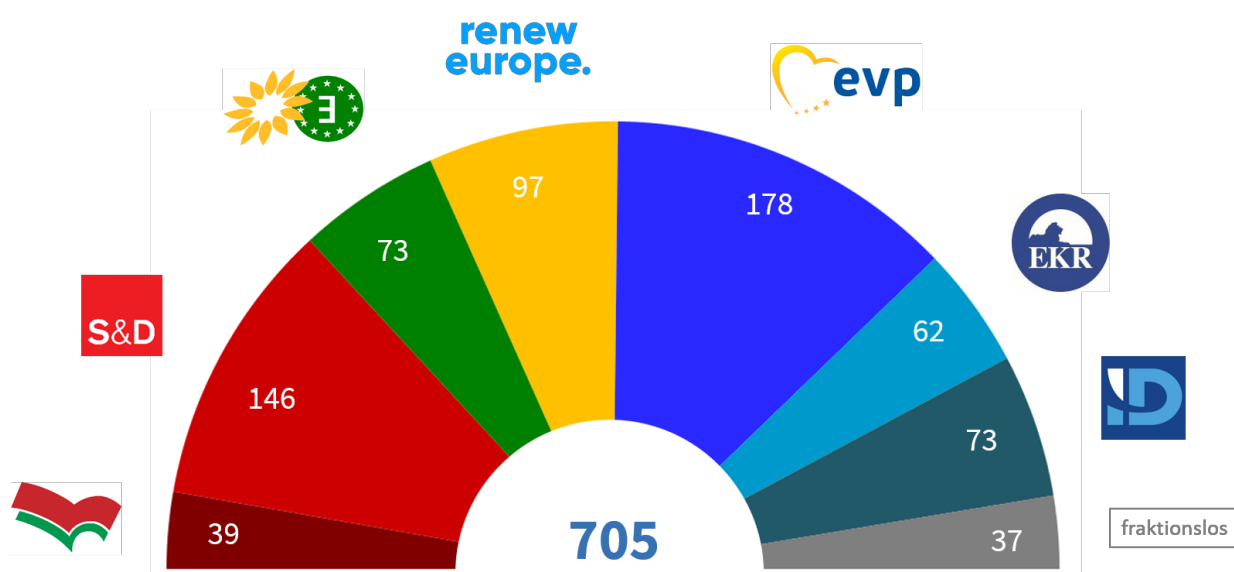
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die Zunahme an Fake News zeigt, dass wir dringend Regelungen für den Umgang brauchen. Fake News müssen erkannt und gelöscht werden – so schnell wie möglich.

Meine Argumente

Regeln als Rahmen – Wir dürfen nicht ausblenden, dass Social Media-Plattformen immer wichtiger für unsere Wirtschaft werden. Umso dringender benötigen wir durchdachte und faire Regelungen für diesen Bereich!

Grenzen setzen – Wir dürfen auf keinen Fall durch ein rigoroses Löschen die persönliche Meinungsfreiheit einschränken. Die ist schließlich Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Warnhinweise könnten da ein besserer Weg sein.

Medienkompetenz fördern – Wir müssen aber auch klassische Medien stärken. Seriöse Zeitungen werden immer seltener gelesen und die Menschen verlernen zunehmend, Wahres von Falschem zu unterscheiden. Medienbildung ist hier der Schlüssel, damit das Urteilsvermögen und die Medienkompetenz der Bevölkerung gestärkt wird.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die Anonymität im Netz muss eine Ende haben, denn sie verleitet dazu, Straftaten zu begehen und unentdeckt davon zu kommen!

Meine Argumente

Effektiv handeln – Große Plattformen müssen Daten herausgeben und an die Behörden weiterleiten. Nur so kann Hate Speech bekämpft werden. Selbst in sehr akuten Fällen von Gewaltandrohung geben die wenigsten Unternehmen Infos freiwillig preis. Das ist ein Skandal!

Bürger:innen schützen – Der Schutz der Bevölkerung steht vor dem Recht auf Anonymität und Datenschutz. Deswegen ist es sehr wichtig, dass Täter:innen verfolgt und ihre Vergehen bestraft werden. Schließlich kann Hate Speech zur realen Gefahr für Menschen werden - das sehen wir immer häufiger!

Behörden EU-weit stärken – In wenigen Jahren wird wirklich ALLES online geschehen. Deswegen müssen wir als EU jetzt gemeinsam eine Antwort finden und Hate Speech etwas entgegensetzen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



A series of 18 horizontal lines for writing notes, spaced evenly down the page.

Notizen



Mercedes Guerreiro



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Portugal



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Mercedes Guerreiro, ich bin 43 Jahre alt und lebe mit meiner Familie in Lissabon. Ins EU-Parlament habe ich mich wählen lassen, weil es mir wichtig ist, dass wir Sicherheit für alle EU-Bürger:innen schaffen, egal ob in der analogen oder in der digitalen Welt.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

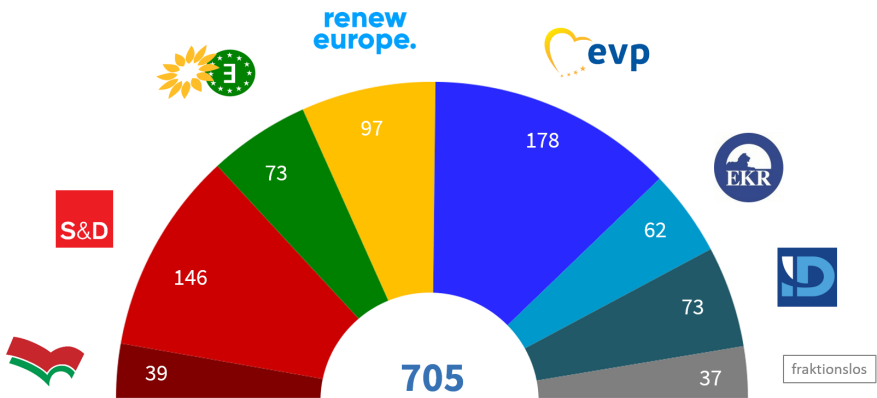
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



S&D

Sozialdemokratisch



Grüne

Grün/ökologisch



Renew Europe

Liberal



Europäische Volkspartei

Konservativ



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Identität & Demokratie

Rechtsnational

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Fake News sind Lügen und Lügen müssen bekämpft werden - am besten sofort, wenn sie auftauchen!

Meine Argumente

Unsere Demokratie verteidigen –

Falschinformationen sind ein Angriff auf unsere Demokratie! Glaubt jemand den Fake News und Verschwörungsideologien, hinterfragt er bald das ganze System. Das ist gefährlich! Denn ein Staat funktioniert nur mit Bürger:innen, die ihm vertrauen.

Aktiv werden – Einige Plattformbetreibende setzen bereits Warnhinweise unter Posts, die bestimmte Schlagwörter enthalten. Die Flut an Fake News stoppt das aber bislang nicht. Deswegen ist die einzige Option die wir haben: Sofortiges Löschen von Beiträgen, die User:innen den Plattformen melden!

Aufklärung ist das A und O – Das allein wird aber nicht ausreichen. Wir müssen in Bildung, in Sensibilisierung und vor allem in guten Journalismus investieren. Wenn Menschen Wahres von Unwahrem unterscheiden können, werden die Lügen im Internet wirkungslos.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Menschen, die zu Gewalt aufrufen, müssen härter verfolgt und bestraft werden!

Meine Argumente

Härtere Strafen einführen – Es ist unsere Verantwortung, Hate Speech und Beleidigungen zu erkennen und zu bekämpfen. Wichtig ist aber auch das Signal an Täter:innen, die bislang anonym bleiben. Sie sollen abgeschreckt werden. Es ist daher unser Ziel, dass hasskriminelle Straftaten härter bestraft werden.

Zusammenarbeit stärken - Um Hate Speech aus dem Internet verbannen zu können, brauchen wir eine effektive Zusammenarbeit zwischen Behörden und Plattformen. Bisher sperren sich viele Betreiber, Daten freizugeben. Das muss sich ändern! Die Daten sammeln sie schließlich sowieso!

Sicherheit geht vor - Das wichtigste ist, die Bevölkerung zu schützen. Offline tun wir das bereits, online bisher kaum. Die Politik muss jetzt handeln.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Nils Sarvaama



**Sozialdemokratische
Fraktion**



Europäisches Parlament



Finnland



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Ich bin Nils Sarvamaa. Ich bin 27 Jahre jung und komme aus Oulu, Finnland. Für mich steht immer der Mensch an erster Stelle. Das sollte auch in der Politik gelten. Immer häufiger stelle ich fest, dass der Umgang im Netz aggressiv, verletzend und nicht selten hasserfüllt ist. Dagegen müssen wir als Politiker:innen etwas unternehmen!

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Sozialdemokrat:innen

Wer sind wir?

Wir sind die „Sozialdemokratische Fraktion“ (S&D). Wir sind die zweitgrößte Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Dafür setzen wir uns in der EU ein.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

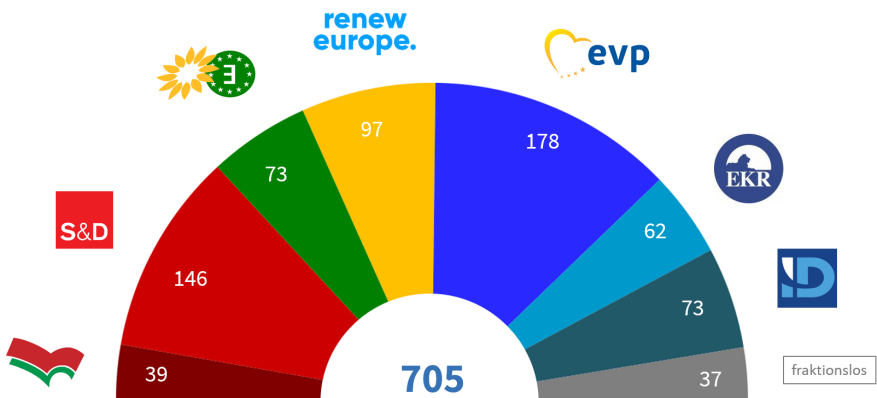
Das Internet macht vieles möglich. Gleichzeitig sehen wir, dass immer mehr Hass und Lügen verbreitet werden und große Online-Konzerne Profit daraus schlagen. Diese Entwicklung bedroht die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften. Was wir brauchen sind klare Regeln, die unsere Bürger:innen schützen und gleichzeitig der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist ein gigantisches Friedensprojekt - bisher ein erfolgreiches. Viele grenzüberschreitende Probleme können wir nur zusammen mit unseren Nachbarländern lösen, das schweißt zusammen. Gemeinsam können wir sinnvolle Regeln beschließen, die dank unserer Größe weltweit Bedeutung haben. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist - und nicht umgekehrt.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



S&D

Sozialdemokratisch



Grüne

Grün/ökologisch



Renew Europe

Liberal



Europäische Volkspartei

Konservativ



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Identität & Demokratie

Rechtsnational

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Es braucht Richtlinien gegen Falschmeldungen im Netz. Sofort!

Meine Argumente

Technische Lösungen nutzen - Eine Demokratie lebt von dem Austausch faktenbasierter Meinungen. Schon deshalb sind Fake News eine große gesellschaftliche Gefahr. Dabei gibt es schon heute großartige Programme, um Falschmeldungen zu erkennen und direkt nach Veröffentlichung auszusortieren. Das sollten wir nutzen!

Unternehmen verpflichten - Unternehmen sollten daher Verantwortung übernehmen und in diese Technik investieren. Die Politik sollte sie verpflichten, Inhalte zu löschen, die darauf abzielen, Menschen mit falschen Fakten und irreführenden Inhalten zu verunsichern.

Besser heute als morgen - Wenn die Politik sich nicht bald einigt, wird es zu spät sein. Die Unternehmen leben ihre Freiheiten gnadenlos aus. Die Politik hat die Aufgabe, Menschen vor Gefahren zu schützen. Nur lauern die heutzutage nicht mehr nur auf der Straße, sondern auch im Netz.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Datenschutz ist sehr wichtig. Deshalb ist es notwendig, dass die Social Media-Plattformen zuerst prüfen, welche Daten weitergegeben werden.

Meine Argumente

Datenschutz mit Augenmaß - Niemand, der im Internet anonym Hass und Hetze verbreitet, sollte sich sicher fühlen. Das darf aber nicht zur willkürlichen Überwachung durch Plattformen und Behörden führen. Andernfalls wird es keinen Rückhalt für das Gesetz in der Bevölkerung geben.

Freiheit UND Sicherheit - Wir müssen einen Weg finden, wie Freiheit und Sicherheit auch online zusammengebracht werden können. Ideal wäre es, einen EU-Katalog zu erarbeiten, der festlegt, wann welche Daten freigegeben werden. Jede:r hat schließlich ein Recht darauf zu erfahren, was mit seinen Daten passiert.

Betroffene unterstützen - Es muss mehr für die Betroffenen von Hate Speech getan werden. Jedes EU-Land sollte diese Menschen bei den Anwaltskosten und bei einer möglichen Therapie unterstützen. Hierfür sollte ein EU-Fonds eingerichtet werden.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Ljudmila Bogović



Europäisches Parlament

renew Fraktion der
europe. Liberalen



Slowenien



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Mein Name ist Ljudmila Bogović. Ich bin 35 Jahre alt, habe Jura studiert und lebe mit meinen zwei Kindern in Ljubljana. Mein Ziel ist es, das Internet sicherer zu machen, damit die Generation meiner Kinder sich dort risikofrei bewegen kann. Dafür brauchen wir gute Regeln, die in der ganzen Europäischen Union gelten. Ich setze auf die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Politik und Gesellschaft.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?

Wer sind wir?

Unsere liberale Fraktion Renew Europe (RE) ist die drittstärkste Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist es, die Freiheit der Bürger:innen zu schützen und die Wirtschaft vor zu großen Eingriffen des Staates zu bewahren.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

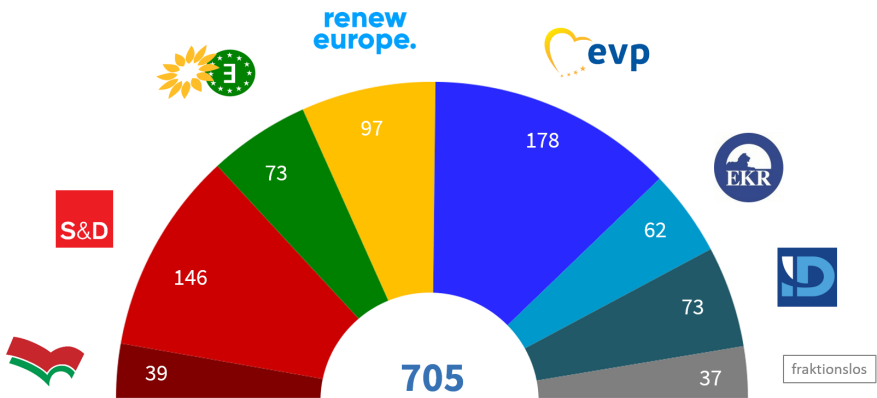
Wir brauchen klare Regeln, um die europäischen Bürger:innen vor Desinformation und Hassrede zu schützen. Gleichzeitig muss sich aber auch die Digitalwirtschaft weiter entfalten können und die freie Meinungsäußerung darf nicht eingeschränkt werden.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist der größte Wirtschaftsraum der Welt und hat den Europäer:innen großen Wohlstand gebracht. Diesen Wohlstand dürfen wir nicht gefährden, indem wir jedes kleinste Detail auf EU-Ebene für alle gleich regeln wollen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei

Konservativ



S&D

Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Grüne

Grün/ökologisch



Identität & Demokratie

Rechtsnational



Renew Europe

Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Eine gemeinsame europäische Lösung im Umgang mit Fake News muss her, um die Freiheit der europäischen Bürger:innen und unserer Wirtschaft zu bewahren.

Meine Argumente

Gefahr ernst nehmen - Fake News gefährden unsere Freiheit und unsere Demokratie. Von allein werden sie nicht verschwinden, deswegen muss die Politik Antworten finden.

Unternehmen unterstützen - Die Plattformbetreiber werden dabei von der Politik aktuell sehr allein gelassen. Ständig wird ihr Verhalten kritisiert, dabei sind sie die einzigen, die schon aktiv gegen Desinformation im Netz vorgehen. Man denke nur an die vielen Warnhinweise, die z. B. Twitter an irreführende Posts von Donald Trump gesetzt hat.

Freiheit stärken - Die Bürger:innen müssen darin geschult werden, Fake News selbst zu erkennen. Das geht nicht mit einem Löschzwang der Inhalte sondern mit Aufklärung. Ein Warnhinweis unter bestimmten Schlagwörtern befähigt die Bürger:innen, falsche Informationen zu erkennen und regt sie im besten Fall dazu an, Beiträge genauer zu überprüfen.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Hate Speech ist eine enorme Gefahr für die Gesellschaft. Die Taten Einzelner dürfen aber nicht die Freiheit vieler einschränken.

Meine Argumente

Datenschutz ernst nehmen - Die Herausgabe von persönlichen Daten ist nicht vereinbar mit dem Datenschutz und zudem ein hoher Aufwand für digitale Plattformen. Falls die Herausgabe von Daten unbedingt notwendig ist, sollten digitale Firmen dafür entschädigt werden.

Unternehmen und User:innen schützen - Damit persönliche Daten nicht bei jedem kleinsten Verdacht herausgegeben werden müssen, sollten sie nur von Gerichten angefordert werden können. Das sollte erst geschehen, wenn es ausreichend belastende Beweise gegen eine:n Täter:in gibt.

Verstärkten Hass vermeiden - Es besteht die Gefahr, dass mehr Regulierung des Internets auch dazu führt, dass Menschen überhaupt mehr Hetze verbreiten. Sie könnten sich in ihren Hasstiraden gegen alles und jeden bestätigt fühlen. Deswegen ist so wenig Regulierung wie möglich der beste Weg! Auch die EU selbst würde im schlimmsten Fall immer unbeliebter bei den Bürger:innen.



Fraktionssitzung Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Alvina Niinströ



**Identität &
Demokratie**



Europäisches Parlament



Finnland



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Alviina Niinstö. Ich bin 53 Jahre alt und wohne in der schönen Stadt Turku im Süden Finnlands. Mein Ziel als EU-Abgeordnete ist es sicherzustellen, dass die finnische Kultur und Identität vor zu massiven Eingriffen von der EU geschützt werden.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion Identität & Demokratie

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion „Identität und Demokratie (ID)“. Wir finden, die EU ist in erster Linie ein elitäres Projekt, mit dem die europäischen Nationalstaaten abgeschafft werden sollen. Um das zu verhindern, setzen wir uns im Europäischen Parlament dafür ein, dass die Macht bei den Nationalstaaten bleibt.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

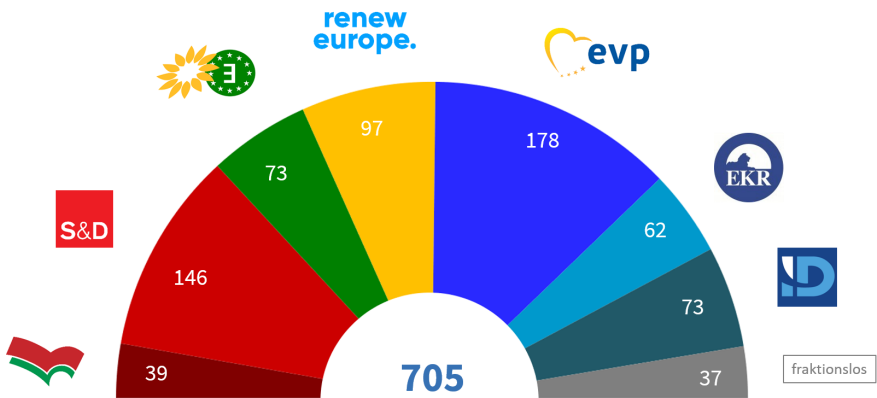
Es ist unsere Aufgabe als EU-Politiker:innen, die Meinungsfreiheit zu schützen. Dies gilt auch für unbequeme Meinungen. Das muss eine Demokratie aushalten. Wie die anderen Fraktionen gegen Hate Speech und Fake News vorgehen wollen, kommt einer Abschaffung der Meinungsfreiheit gleich. Da machen wir nicht mit!

Wie stehen wir zur EU?

Die EU brauchen wir nicht, sie wird nie die Nationalstaaten ersetzen können. Wir können unsere Probleme am besten selbst lösen, vor Ort in unseren Ländern.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei

Konservativ



S&D

Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Grüne

Grün/ökologisch



Identität & Demokratie

Rechtsnational



Renew Europe

Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Online-Plattformen geraten zunehmend unter Druck durch EU-Regelungen - zu viel ist zu viel.

Meine Argumente

Sorgen der Bürger:innen ernst nehmen –

Das, was gerade in Brüssel passiert, ist pure Panikmache. Als würden wir letzter Zeit in einer Flut an Desinformation und Verschwörungstheorien untergehen. Die Menschen äußern einfach nur ihre Sorgen.

Unternehmen nicht überfordern -

Die Verantwortung für Fake News jetzt einfach auf Online-Plattformen abzuschieben, wird nicht funktionieren. Es zeigt nur, dass viele Regierungen in Europa es nicht schaffen, die Fakten rund um ihre Politik klar darzulegen. Das ist ein Armutszeugnis.

Identifizierung nicht so einfach –

Es ist außerdem gar nicht immer eindeutig festzustellen, bei welchen Informationen es sich tatsächlich um Falschnachrichten handelt. Die Unternehmen zu verpflichten, einfach wild zu löschen, hilft uns da nicht weiter.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die EU stempelt jede kritische Meinung direkt als Hassrede ab, das können wir nicht zulassen.

Meine Argumente

Nicht einfach wild verbieten - Die EU neigt dazu, jede kritische Meinung, z. B. zum Thema Migration, direkt als Hate Speech zu verurteilen. Das ist brandgefährlich, so fühlen sich die Bürger:innen mit ihren Sorgen nicht ernst genommen!

Meinungsfreiheit hochhalten - Die freie Meinungsäußerung ist einer der grundlegendsten Werte unserer Demokratien. Schaffen wir die Meinungsfreiheit im Internet ab, zerstören wir auch die Demokratie.

Privatsphäre achten - Auch im Internet müssen Persönlichkeitsrechte geschützt werden. Plattformen wie Facebook oder Twitter sollten nicht einfach unkontrolliert persönliche Daten herausgeben dürfen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Laura Kumpula



Europäisches Parlament



Grüne Fraktion



Finnland



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Ich bin Laura Kumpula, 35 Jahre alt und komme aus Tampere. Gerade lebe ich aber in Brüssel und bin nur ab und zu in Finnland. Ins EU-Parlament habe ich mich wählen lassen, weil die großen Herausforderungen unserer Zeit alle Europäer:innen betreffen und deshalb hier, im EU-Parlament, diskutiert werden müssen.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist die Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Grünen

Wer sind wir?

Wir vertreten die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Wir sind im Widerstand zur globalen Umweltzerstörung entstanden, sehen uns heute aber auch als fortschrittliche Kraft zum Schutz der Bürgerrechte in der ganzen EU und stellen uns gegen jede Form der Diskriminierung.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

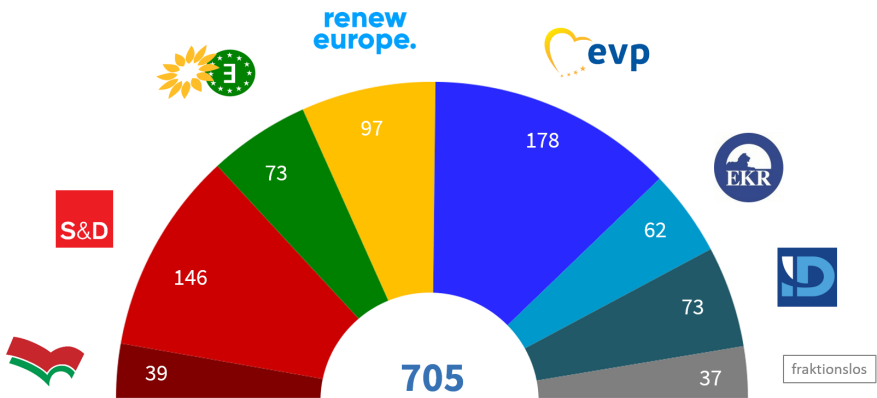
In den vergangenen Jahren hat die Politik den Internet-Riesen wie Google oder Facebook freie Hand gelassen, was für Inhalte sie auf ihren Plattformen zulassen und was sie löschen. Es ist Zeit, dass wir das wieder selbst in die Hand nehmen und als Gesellschaft diskutieren, was im Internet erlaubt ist und was nicht.

Wie stehen wir zur EU?

Die digitale Welt wird dominiert von wenigen, großen Konzernen und die Probleme, die sie verursachen, machen nicht an Landesgrenzen halt. Als EU haben wir die Macht, gemeinsam Regeln zu schaffen und diese europaweit durchzusetzen. Diese Chance müssen wir nutzen und gemeinsam handeln!

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



S&D

Sozialdemokratisch



Grüne

Grün/ökologisch



Renew Europe

Liberal



Europäische Volkspartei

Konservativ



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Identität & Demokratie

Rechtsnational

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Plattformbetreiber sollten Fake News kennzeichnen – mehr aber auch nicht. Die Entscheidung darüber, was freie Meinungsäußerung ist und was nicht, darf nicht bei Großkonzernen liegen.

Meine Argumente

Gefahr durch automatisierte Löschung – Gezielte Desinformation in sozialen Medien ist ein riesiges Problem. Drastische Lösungen, wie die automatische Löschung, bedrohen aber die offene Diskussion im Netz. Wer weiß schon, was Firmen wie Facebook und Google für Fake News halten und was nicht?

Markierungsfunktion einführen – Eine Kennzeichnung durch die Plattform ist ein guter erster Schritt. So wird sichtbar, dass mit einem Beitrag eventuell etwas nicht stimmt.

Frist für Überprüfung und Löschung – Wenn ein:e User:in gegen die Markierung Einspruch erhebt und darlegt, warum diese falsch verwendet wurde, könnte die Markierung entfernt werden. Dafür braucht es eine staatlich kontrollierte Stelle bei den Unternehmen. Erhebt niemand Einspruch, kann der Beitrag nach einer Woche gelöscht werden.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Hass ist keine Meinung – und wenn Menschen zu Gewalt aufrufen, muss das Konsequenzen haben.

Meine Argumente

Null Toleranz für Hate Speech – Das Gerede von "freier Meinungsäußerung" ist hier komplett fehl am Platz. Es geht nicht darum, dass irgendjemand den anderen "Blödmann" nennt, sondern um konkrete Hetze und Aufrufe zu Gewalt.

Minderheiten schützen – Gerade Minderheiten sind von Hassrede betroffen – und oft komplett hilflos, weil die Polizei bisher kaum eingreifen kann. Das scheitert oftmals an der Blockadehaltung der Plattformbetreiber.

Umgang mit Daten – Hier braucht es eine klare Ansage: Handelt es sich eindeutig um Hassrede, müssen die Plattformbetreiber zeitnah die Daten der Täter:innen herausgeben. Sicher könnte man den Artikel so ergänzen, dass nur Gerichte die Herausgabe der Daten beantragen können. Damit wäre auch der Datenschutz gewährleistet und Informationen würden nur in geprüften Fällen herausgegeben werden.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Andrzej Jurubas



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Polen



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Ich bin Andrzej Jurubas, ich komme aus Łódź und bin 39 Jahre alt. Ich bin Politiker geworden, weil es mir wichtig ist, dass wir für neue Herausforderungen gute Lösungen finden, die die Bürger:innen schützen. Das gilt auch und vor allem auf Social Media Plattformen.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund:

Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

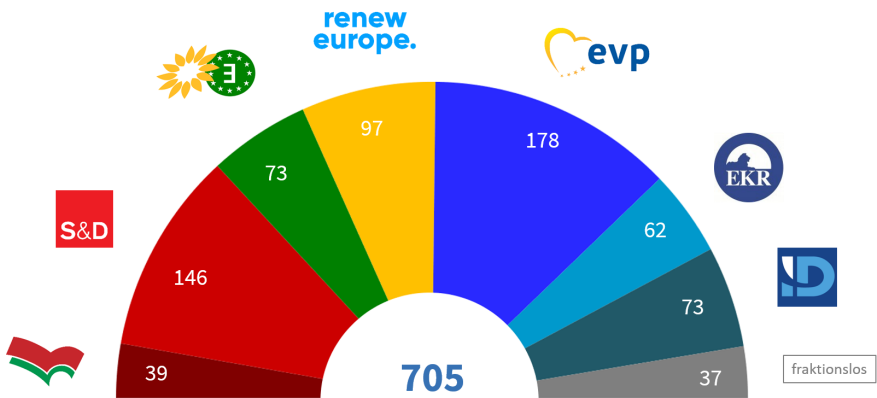
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei

Konservativ



S&D

Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Grüne

Grün/ökologisch



Identität & Demokratie

Rechtsnational



Renew Europe

Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Soziale Medien sind die wichtigste Informationsquelle der Zukunft. Hier müssen die gleichen Standards gelten wie im Radio, im Fernsehen oder in der Zeitung.

Meine Argumente

Demokratie schützen – Gerade junge Menschen informieren sich fast ausschließlich auf Sozialen Medien über das Weltgeschehen. Es ist daher notwendig, die Plattformen in die Pflicht zu nehmen und verbreitete Inhalte zu überprüfen. Alles, was falsch oder irreführend ist, gehört gelöscht!

Härteres Vorgehen – Wir brauchen ein härteres europäisches Vorgehen gegen Desinformation. Wir müssen mit einer europäischen Stimme sprechen, um denjenigen die Stirn zu bieten, die versuchen, unsere europäische Lebensweise zu untergraben.

Gleiche Standards wie bei anderen Medien – Journalist:innen können auch nicht einfach in der Zeitung oder im Radio Inhalte verbreiten, für die sie keine sicheren Quellen haben. Im Internet geht das – dagegen müssen wir etwas unternehmen!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Wer eine Straftat begeht, gehört bestraft! Hier darf nicht zwischen Online und Offline unterschieden werden.

Meine Argumente

Rechtlicher Rahmen – Um Straftäter:innen besser verfolgen zu können, ist es notwendig, dass die Online-Plattformen mit den Behörden zusammenarbeiten. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es hier einen großen Nachholbedarf gibt. Deswegen muss es für die Plattformen Pflicht werden, Daten freizugeben!

Die Gefahr ist echt! – Ob ich jemandem online oder offline Gewalt androhe – beides ist illegal und kann gefährliche Folgen haben. Deswegen ist es wichtig, Hate Speech ernst zu nehmen und die Bevölkerung vor Hass zu schützen.

Klar definieren – Natürlich ist nicht jeder schroffe Kommentar direkt eine Gefahr. Der Begriff "Hate Speech" sollte nicht leichtfertig genutzt werden. Ruft jemand zu Gewalt gegen Gruppen oder Einzelpersonen auf, ist das aber ganz klar Hassrede – und die sollte bestraft werden!



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Deidre O'Malley



**Sozialdemokratische
Fraktion**



Europäisches Parlament



Irland



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Mein Name ist Deidre O'Malley und ich bin 63 Jahre alt. In meiner Heimatstadt Dublin haben viele große Digitalkonzerne ihren Unternehmenssitz und auch viele meiner Wähler:innen arbeiten dort. Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft ins Gespräch kommen, um Regeln zu finden, die Menschen im Internet schützen, ohne Arbeitsplätze zu gefährden.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Sozialdemokrat:innen

Wer sind wir?

Wir sind die „Sozialdemokratische Fraktion“ (S&D). Wir sind die zweitgrößte Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Dafür setzen wir uns in der EU ein.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

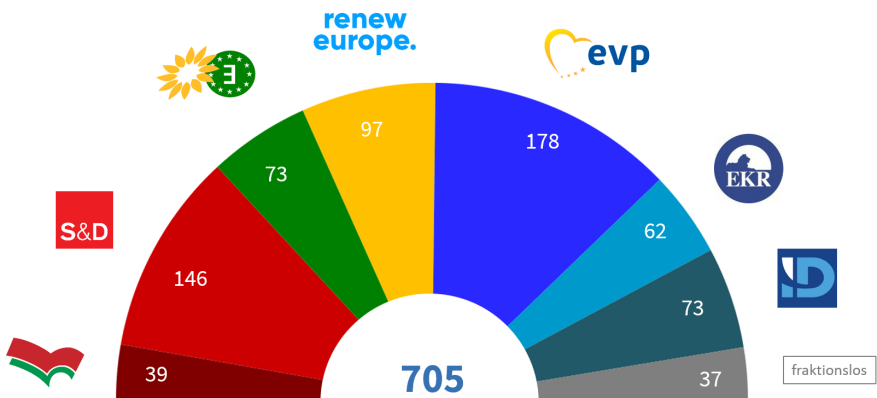
Das Internet macht vieles möglich. Gleichzeitig sehen wir, dass immer mehr Hass und Lügen verbreitet werden und große Online-Konzerne Profit daraus schlagen. Diese Entwicklung bedroht die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften. Was wir brauchen sind klare Regeln, die unsere Bürger:innen schützen und gleichzeitig der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist ein gigantisches Friedensprojekt - bisher ein erfolgreiches. Viele grenzüberschreitende Probleme können wir nur zusammen mit unseren Nachbarländern lösen, das schweißt zusammen. Gemeinsam können wir sinnvolle Regeln beschließen, die dank unserer Größe weltweit Bedeutung haben. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist - und nicht umgekehrt.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei

Konservativ



S&D

Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Grüne

Grün/ökologisch



Identität & Demokratie

Rechtsnational



Renew Europe

Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Nur gemeinsam können Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Desinformation stoppen.

Meine Argumente

Sinnvolle Lösungen - Weder für die Politik, noch für die Wirtschaft ist es sinnvoll, überstürzte Lösungen zu finden. Die Digitalwirtschaft wird in Zukunft viele Arbeitsplätze schaffen - wir dürfen ihr also nicht zu viele Steine in den Weg legen, sonst entstehen diese Jobs in anderen Regionen der Welt.

Regeln nötig - Dennoch ist klar: Fake News sind ein Problem. Die Unternehmen sollten dazu angehalten werden, gemeldete Posts mit Warnhinweisen zu versehen. So können sich die User:innen selbst ein Bild machen und sehen im besten Fall, wo sie sich informieren könnten.

Verunsicherung mit Bildung begegnen - Fake News gibt es schon länger als es Soziale Medien gibt. Sie werden nie ganz verschwinden. Es sollte daher in die Bildung der Bevölkerung investiert werden, damit die Menschen Falschnachrichten als solche erkennen - das ist der beste Weg!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Kinder und Jugendliche werden häufig Opfer von Cybermobbing. Sie müssen geschützt werden.

Meine Argumente

Betroffenen helfen – Beleidigungen und Mobbing im Netz können gerade Jüngere sehr belasten. Deswegen sollten sie über Hate Speech aufgeklärt werden. Außerdem sollten mehr Anti-Mobbing-Kampagnen an Schulen durchgeführt werden. Hier können Schüler:innen auch lernen, wo und wie sie sich Hilfe holen können.

Besonders Gefährdete schützen – Werden minderjährige Menschen Opfer von Hate Speech, sollten Plattformbetreiber die Daten an die Behörden rausgeben. Sind die Betroffenen von Hate Speech Erwachsene, sollte dies nicht unbedingt nötig sein. Hier sollte die Politik auf Freiwilligkeit der Digitalunternehmen setzen.

Anonymität wahren – In der Debatte um Hate Speech wird meist kein Wort über Datenschutz verloren. Dabei ist die Anonymität im Internet auch ein Gewinn – besonders für Journalist:innen und deren Informant:innen. Der erste Schritt bei Hate Speech sollte deshalb weiterhin sein: Nutzer:innen sperren!



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Jonas Verheyen



Europäisches Parlament

**renew
europe.** Fraktion der
Liberalen



Deutschland



Mitglied im Ausschuss
für Digitales

Wer bin ich?

Mein Name ist Jonas Verheyen und ich komme aus Buxtehude. Als Politiker setze ich mich dafür ein, die Freiheit und Sicherheit aller Europäer:innen zu schützen. Besonders unsere Kinder sind im Netz dauerhaft und deswegen setze ich mich dafür ein, dass das Internet ein sicherer Ort für alle wird.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 x pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?

Wer sind wir?

Unsere liberale Fraktion Renew Europe (RE) ist die drittstärkste Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist es, die Freiheit der Bürger:innen zu schützen und die Wirtschaft vor zu großen Eingriffen des Staates zu bewahren.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

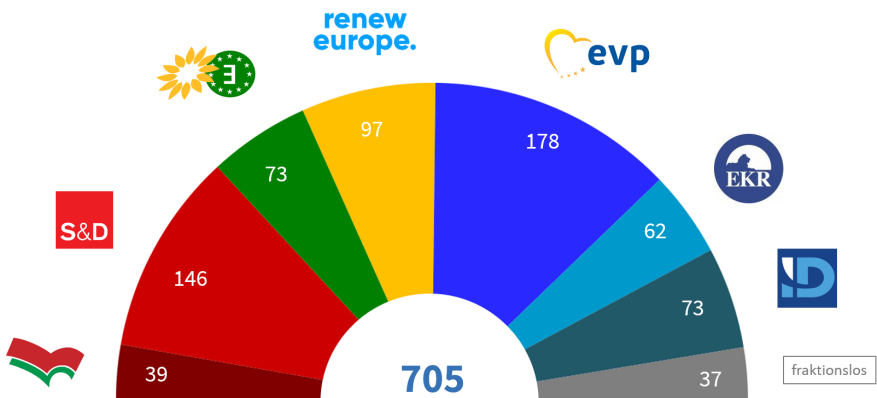
Wir brauchen klare Regeln, um die europäischen Bürger:innen vor Desinformation und Hassrede zu schützen. Gleichzeitig muss sich aber auch die Digitalwirtschaft weiter entfalten können und die freie Meinungsäußerung darf nicht eingeschränkt werden.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist der größte Wirtschaftsraum der Welt und hat den Europäer:innen großen Wohlstand gebracht. Diesen Wohlstand dürfen wir nicht gefährden, indem wir jedes kleinste Detail auf EU-Ebene für alle gleich regeln wollen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



S&D

Sozialdemokratisch



Grüne

Grün/ökologisch



Renew Europe

Liberal



Europäische Volkspartei

Konservativ



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Identität & Demokratie

Rechtsnational

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die Demokratie können wir nur schützen, wenn wir zusammenarbeiten: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Wir brauchen gute Ideen, wie wir langfristig dagegen vorgehen, dass Fake News überhaupt verbreitet werden.

Meine Argumente

Die Menschen im Umgang mit Desinformation schulen - Was wir brauchen, ist eine neue Bildungspolitik, die unsere Bevölkerung gut auf das Leben im digitalen Zeitalter vorbereitet. Die Menschen müssen von früh an lernen, wie mit Informationen im Netz umzugehen ist und Fake News zu erkennen sind. Dann wären sie auch nicht so leicht zu beeinflussen.

Unternehmen nicht überfordern - Online-Plattformen können nicht die Aufgabe übernehmen, für die der Staat zuständig ist. Wir engen Plattformanbieter zu sehr ein, wenn sie jetzt auch noch jeden Post überprüfen sollen.

Verantwortung übernehmen - Deswegen: Ja, wir müssen Fake News effektiv bekämpfen, dabei ist der Weg der Beschränkung des Internets aber nur einer von vielen. Wir dürfen es uns nicht zu leicht machen.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Eine strengere Verfolgung der Täter:innen schützt Menschen nicht ausreichend vor Diskriminierung. Wir brauchen langfristige Lösungen.

Meine Argumente

Freiheit geht nicht ohne Sicherheit - Hate Speech ist ein riesiges Problem. Besonders junge Menschen sind davon betroffen. Es ist unsere Aufgabe als Politiker:innen, sie zu schützen. Ich sehe es anders als viele in meiner Fraktion: Unternehmen sollten Daten in schweren Fällen unbedingt an Behörden weitergeben!

Keine Lösung für immer - Dennoch braucht es langfristig eine andere Strategie: Das Internet muss so frei wie möglich sein, aber für alle und nicht nur für Hassrede. Die EU muss in Bildungsprojekte investieren und Menschen im Umgang miteinander online stärken.

Innovationen fördern - Viele Unternehmen tun schon sehr viel gegen Hate Speech. Auf lange Sicht kann vielleicht Künstliche Intelligenz automatisch Beiträge, die Hass und Hetze enthalten, direkt erkennen. Darin zu investieren sollte auch ein Hauptanliegen der EU sein!



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Adam Tobiszowski



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Nationalkonservativen**



Polen



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Mein Name ist Adam Tobiszowski. Ich bin in der Nähe von Warschau aufgewachsen. Als ich 35 Jahre alt war, ist Polen der EU beigetreten. Damals hat mich das sehr gefreut. Heute ärgert mich, wie viel politischen Spielraum die EU unserer nationalen Regierung abnehmen will. Um mich dagegen stark zu machen, habe ich für das EU-Parlament kandidiert.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Nationalkonservativen

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion der EU-skeptischen "Europäischen Konservativen und Reformer" (EKR). Unserer Meinung nach müssen wir genau schauen, wann gemeinsame europäische Gesetze wirklich sinnvoll sind - und wann nicht! Unser Ziel ist es, wirtschaftliche Freiheit und nationale Traditionen zu erhalten.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

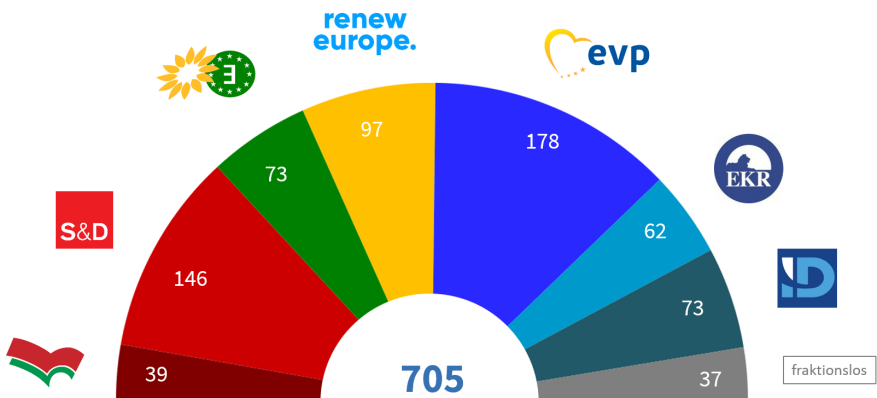
Die Freiheit im Internet und in den sozialen Medien darf nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Was auch immer beschlossen wird, es muss sich auf solide Daten und verlässliche Analysen stützen. Im Zweifel ist hier weniger Regulierung die bessere Wahl als ein zensiertes Internet.

Wie stehen wir zur EU?

27 verschiedene Länder - und in allen sollen die gleichen Regeln gelten? Das ist Gleichmacherei und hat noch nie funktioniert. Deshalb ist für uns klar: Wann immer es möglich ist, sollten sich Länder selbst ihre Regeln geben. Die Bürokraten in Brüssel braucht es dafür nicht.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



S&D

Sozialdemokratisch



Grüne

Grün/ökologisch



Renew Europe

Liberal



Europäische Volkspartei

Konservativ



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Identität & Demokratie

Rechtsnational

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Ob Plattformbetreiber nun sogenannte Fake News löschen oder nicht, ändert ja nichts daran, ob sie weiter entstehen oder nicht.

Meine Argumente

Gefahr für die Gesellschaft – Fake News sind für unsere Demokratie gefährlich. Das politische Klima leidet schon jetzt extrem darunter. Verbote bringen aber nichts.

Wohlstand sichern – Der digitale Markt ist ein aufstrebender Markt und die Zukunft der europäischen Wirtschaft. Wir gefährden unseren Wohlstand, wenn wir digitalen Firmen Steine in die Wege legen. Der Rest der Welt wird uns abhängen, wenn wir die Digitalwirtschaft zu stark einschränken.

Unternehmen nicht zu viel erlauben – Wir brauchen eine gemeinsame Lösung gegen Fake News, aber die darf nicht darin liegen, dass private Firmen nun entscheiden, was falsch und was richtig ist. Viele Unternehmen verstehen sich als links oder liberal - vielleicht verschwinden so unsere konservativen Werte!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Nicht alles ist Hate Speech, vieles ist einfach nur Meinung. Nur bei Gewaltandrohungen sollten Nutzerdaten herausgegeben werden.

Meine Argumente

Meinungsvielfalt aushalten – Nicht jeder Kommentar ist gleich eine Beleidigung. Ich kenne es aus meiner eigenen Arbeit: Sage ich meine Meinung, sind manche Kolleg:innen direkt angegriffen. Man muss unterschiedliche Meinungen akzeptieren und aushalten können.

Strafmaßnahmen nötig – Wenn es sich wirklich um Aufrufe zur Gewalt handelt, gilt aber: Plattformbetreiber waren lange zu nachlässig mit dem Thema Hate Speech. Die Politik muss jetzt handeln und eine angemessene Strafverfolgung aufnehmen!

Verpflichtung der Betreiber – Wenn die digitalen Riesen nicht zum Herausgeben der Daten verpflichtet werden, wird nichts passieren. Auch wenn es das Internet für alle unfreier macht: In Extremfällen müssen die Daten herausgegeben werden.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Sean Flanagan



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Irland



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Sean Flanagan, ich bin 48 Jahre alt und wohne seit meiner Geburt in Dublin. Ich finde, dass der Umgang mit Fake News und Hate Speech eine grenzüberschreitende Herausforderung ist. Aus diesem Grund beschäftige ich mich als Abgeordneter schon länger mit diesem Thema.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von soz. Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

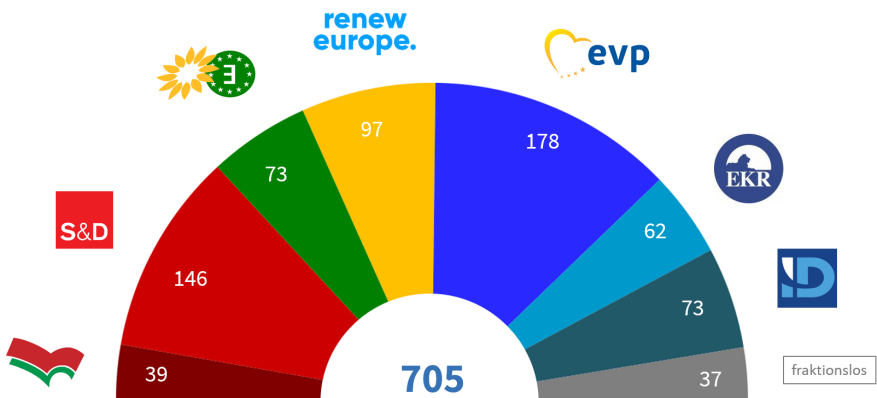
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



S&D

Sozialdemokratisch



Grüne

Grün/ökologisch

**renew
europe.**

Renew Europe

Liberal



Europäische Volkspartei

Konservativ



**Europäische Konservative
und Reformisten**

Nationalkonservativ



Identität & Demokratie

Rechtsnational

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Es braucht klare Regeln für Plattformbetreiber. Die EU muss hier gemeinsam handeln.

Meine Argumente

Staatlich regulieren – Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten muss verbessert werden. Was wir wirklich brauchen, ist eine gemeinsame europäische Behörde, die gegen Fake News vorgeht. Unternehmen dürfen nicht entscheiden, was Fake News sind und was nicht.

Löschen, aber mit klaren Regeln – Die europäische Behörde sollte einen klaren Rahmen erarbeiten, was Fake News sind und mit den Unternehmen ins Gespräch kommen. Alle Plattformen sollten die gleichen Standards haben, sodass Inhalte automatisch binnen weniger Stunden gelöscht werden.

Lösungen, die etwas bringen! – Fake News verbreiten sich im Sekundentakt. Sich die Mühe zu machen, unter alles einen Hinweis zu setzen, dauert viel zu lange. Automatisiertes Löschen nach festgelegten Regeln ist unsere einzige Chance, Fake News aus dem Internet zu verbannen.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die Behörden überwachen die Bevölkerung nicht – aber die Unternehmen tun es!
Vorhandene Daten müssen zur Strafverfolgung genutzt werden!

Meine Argumente

Gefahr erkennen – Wir müssen ehrlich sein: Um Hate Speech effektiv bekämpfen zu können, muss der Datenschutz an manchen Stellen und für manche Nutzer:innen eingeschränkt werden. Dies führt aber langfristig dazu, dass die Mehrheit der Nutzer:innen sich sicherer im Netz fühlen kann.

Daten sind gespeichert – Die Daten, auf die Behörden durch ein Gesetz Zugriff bekämen, werden sowieso gespeichert. Überwacht werden wir nicht von der Politik, sondern von datenhungrigen Unternehmen.

Verantwortung übernehmen – Wer eine Plattform betreibt, muss Verantwortung dafür übernehmen, was darauf passiert. Die Unternehmen müssen endlich erkennen, dass sie eine Mitschuld am Hass im Netz tragen. Sie müssen endlich aktiv werden und etwas dagegen tun!



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Valérie Godot



Europäisches Parlament

renew Fraktion der
europe. Liberalen



Frankreich



Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz

Wer bin ich?

Mein Name ist Valérie Godot, ich bin 36 und ich wohne in einem Vorort von Paris. Ich bin Politikerin geworden, weil ich auch den nachfolgenden Generationen eine gute Zukunft sichern möchte. Gerade im digitalen Sektor werden wir in Zukunft viele Arbeitsplätze schaffen können. Damit sich die digitale Wirtschaft frei entwickeln kann, brauchen wir möglichst wenig Einschränkungen.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?

Wer sind wir?

Unsere liberale Fraktion Renew Europe (RE) ist die drittstärkste Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist es, die Freiheit der Bürger:innen zu schützen und die Wirtschaft vor zu großen Eingriffen des Staates zu bewahren.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

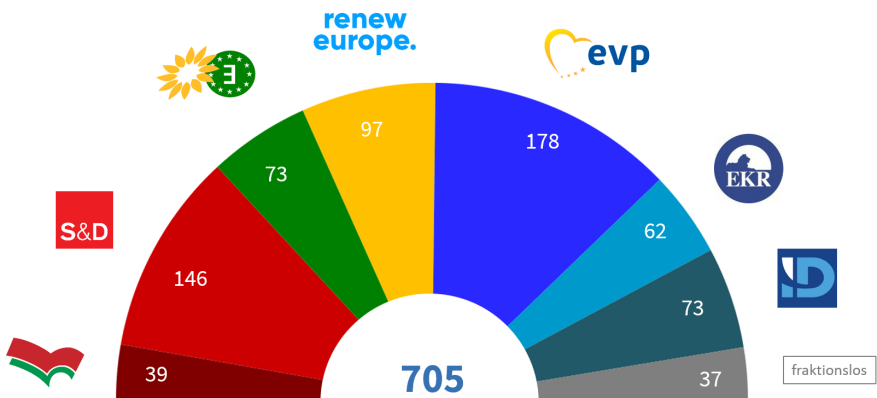
Wir brauchen klare Regeln, um die europäischen Bürger:innen vor Desinformation und Hassrede zu schützen. Gleichzeitig muss sich aber auch die Digitalwirtschaft weiter entfalten können und die freie Meinungsäußerung darf nicht eingeschränkt werden.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist der größte Wirtschaftsraum der Welt und hat den Europäer:innen großen Wohlstand gebracht. Diesen Wohlstand dürfen wir nicht gefährden, indem wir jedes kleinste Detail auf EU-Ebene für alle gleich regeln wollen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



S&D

Sozialdemokratisch



Grüne

Grün/ökologisch



Renew Europe

Liberal



Europäische Volkspartei

Konservativ



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Identität & Demokratie

Rechtsnational

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, um effektiv gegen Fake News vorzugehen! Hierbei müssen wir aber mit den (statt gegen die) Plattformen arbeiten.

Meine Argumente

Der Realität ins Auge blicken - Wir alle wissen, dass eine einfache Lüge, die alle beruhigt, besser ankommt, als die manchmal komplizierte Wahrheit. Das war schon vor Sozialen Medien so und wird durch die Möglichkeiten der schnellen Onlinekommunikation noch verstärkt.

Internet nicht komplett beschränken - Deswegen müssen wir vorsichtig sein und mit Augenmaß handeln. Das kann aber nicht über eine pauschale Zensur des Internets erfolgen. Warnhinweise wären ein guter Kompromiss, der die Unternehmen auch nicht zu stark belastet.

Auf Bildung setzen - Was wir aber ganz sicher brauchen: eine bessere digitale Bildung, schon an Schulen! Es wird auf Dauer nicht funktionieren, wenn wir nur von oben herab verbieten. Die Bürger:innen müssen lernen, wie sie Lüge von Wahrheit unterscheiden.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Hassrede ganz klar bekämpfen, aber nicht zulasten grundlegender Freiheiten.

Meine Argumente

Hate Speech den Kampf ansagen - Hass und Hetze im Netz sind die traurige Realität. Die neuen Technologien haben nicht nur die Kommunikation erleichtert, sondern auch die Tür geöffnet für Aufrufe zu Hass und Gewalt im Netz. Viele von uns Politiker:innen haben das schon selbst erlebt.

Freiheit wahren - Deswegen ist es höchste Zeit, dass wir unsere offene Gesellschaft, unsere Demokratie und Bürgerrechte verteidigen! Dazu gehört aber eben auch die freie Meinungsäußerung, deswegen warnen wir Liberale davor, grundlegende Freiheiten zu stark einzuschränken.

Mit Unternehmen zusammenarbeiten - Wenn Gerichte entscheiden, dass schlimme Fälle von Hassrede vorliegen, sollten Unternehmen aber darüber nachdenken, die Daten der Täter:innen herauszugeben. In schwerwiegenden Fällen ist dies der einzige Weg, um Opfer zu schützen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Raul de Aguilar



**Sozialdemokratische
Fraktion**



Europäisches Parlament



Portugal



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Mein Name ist Raul de Aguilar, ich bin 37 Jahre alt und wohne mit meinem Mann in Porto. Als Abgeordneter im Europäischen Parlament kämpfe ich für eine gerechtere europäische Gemeinschaft. Hierfür ist es notwendig, dass Unternehmen in die Pflicht genommen werden - besonders im Bereich Digitalwirtschaft, denn die tut bisher einfach was sie will.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Sozialdemokrat:innen

Wer sind wir?

Wir sind die „Sozialdemokratische Fraktion“ (S&D). Wir sind die zweitgrößte Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Dafür setzen wir uns in der EU ein.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

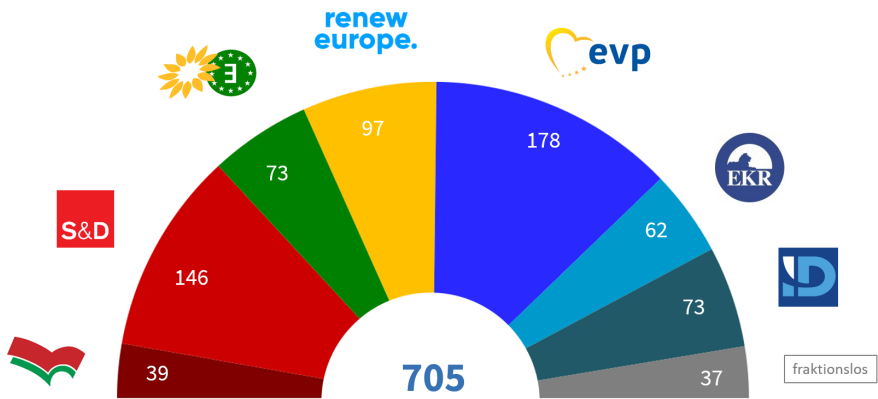
Das Internet macht vieles möglich. Gleichzeitig sehen wir, dass immer mehr Hass und Lügen verbreitet werden und große Online-Konzerne Profit daraus schlagen. Diese Entwicklung bedroht die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften. Was wir brauchen sind klare Regeln, die unsere Bürger:innen schützen und gleichzeitig der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist ein gigantisches Friedensprojekt - bisher ein erfolgreiches. Viele grenzüberschreitende Probleme können wir nur zusammen mit unseren Nachbarländern lösen, das schweißt zusammen. Gemeinsam können wir sinnvolle Regeln beschließen, die dank unserer Größe weltweit Bedeutung haben. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist - und nicht umgekehrt.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei

Konservativ



S&D

Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Grüne

Grün/ökologisch



Identität & Demokratie

Rechtsnational



Renew Europe

Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Fake News keinen Raum lassen!
Plattformbetreiber müssen Desinformationen suchen und unterbinden.

Meine Argumente

Gefahr ernstnehmen - Wie gefährlich Fake News für unsere Demokratien sind, wird vor allem bei Volksabstimmungen oder bei Wahlen deutlich. Desinformationen beeinflussen Menschen oft unbewusst - bis sie Wahres von Unwahrem nicht mehr unterscheiden können.

Verantwortung der Plattformen - Soziale Medien sind heute der Nährboden für Fake News. Wir brauchen also dringend einen Mechanismus, um Posts zu kontrollieren. Warnhinweise an falschen Posts sind da das Mindeste, damit unsere Bürger:innen Informationen im Netz vertrauen können!

Letztes Mittel: Löschen - Verbreitet sich eine Falschnachricht sehr schnell und führt zu Diskriminierung oder Hass gegenüber bestimmten Gruppen, muss sie gelöscht werden. Dies ist zum Schutze der Bevölkerung und vor allem von Minderheiten nötig!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Wir müssen Regeln für das Internet schaffen, damit Hass und Hetze dort keinen Platz mehr haben.

Meine Argumente

Chancen nutzen - Das Internet ist ein kaum regulierter Ort. Wir müssen jetzt die Gelegenheit nutzen, Gesetze zu verabschieden, damit Menschenrechte auch in der digitalen Welt gelten!

Kooperation der Plattformen - Es ist ganz klar: Wenn User:innen Hate Speech verbreiten, sollten Plattform-Anbieter deren Daten an nationale Behörden herausgeben.

Klare Grenzen ziehen - Um das Recht an privaten Daten zu schützen, sollte dieses Gesetz aber Behörden keinen Freifahrtschein geben, alle Daten von Nutzer:innen zu bekommen. Vielmehr braucht es einen klaren Katalog von Fällen, bei denen die Behörden Daten bekommen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Christophe Durand



Europäisches Parlament



Grüne Fraktion



Frankreich



Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz

Wer bin ich?

Ich bin Christophe Durand, 46 Jahre alt und komme aus der Provence in Frankreich. Seit langem setze ich mich für den Verbraucherschutz ein, früher in Frankreich und jetzt im Europaparlament. Das Internet vernetzt uns alle über Ländergrenzen hinweg. Deshalb brauchen wir insbesondere in der digitalen Welt gemeinsame Verbraucherschutzregeln für ganz Europa.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist die Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Grünen

Wer sind wir?

Wir vertreten die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Wir sind im Widerstand zur globalen Umweltzerstörung entstanden, sehen uns heute aber auch als fortschrittliche Kraft zum Schutz der Bürgerrechte in der ganzen EU und stellen uns gegen jede Form der Diskriminierung.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

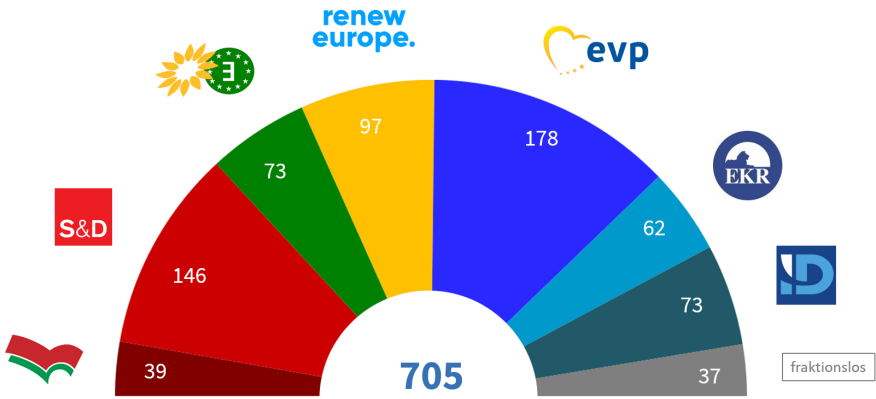
In den vergangenen Jahren hat die Politik den Internet-Riesen wie Google oder Facebook freie Hand gelassen, welche Inhalte sie auf ihren Plattformen zulassen und welche sie löschen. Es ist Zeit, dass wir das wieder selbst in die Hand nehmen und als Gesellschaft diskutieren, was im Internet erlaubt ist und was nicht.

Wie stehen wir zur EU?

Die digitale Welt wird dominiert von wenigen, großen Konzernen und die Probleme, die sie verursachen, machen nicht an Landesgrenzen halt. Als EU haben wir die Macht, gemeinsam Regeln zu schaffen und diese europaweit durchzusetzen. Diese Chance müssen wir nutzen und gemeinsam handeln!

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Computerprogramme sollten nicht über Wahrheit oder Lüge entscheiden! Deshalb bin ich dafür, dass Facebook, Twitter, Google und Co. gemeldete Posts nur markieren.

Meine Argumente

Gefahr durch automatisierte Löschung – Wenn wir die Plattformen verpflichten, Fake News zu löschen, werden sie vorsichtshalber viel mehr Beiträge löschen, als nötig. Wahrscheinlich werden sie zur Prüfung sogar KI-Programme einsetzen, um sich Arbeit zu sparen. Dann entscheiden Computer, was Wahrheit und was Lüge ist! Das möchte ich verhindern.

Menschliches Urteilsvermögen fehlt – Programme machen Fehler. Insbesondere verstehen Computer nicht, was Humor und Satire ist. Solche Posts könnten besonders oft gelöscht werden, obwohl sie ein wichtiger Teil unserer Meinungsfreiheit sind und keine Lügen.

Markieren statt löschen – Viel besser als das automatische Löschen von gemeldeten Posts ist das Markieren. Dadurch werden andere User:innen aufmerksamer mit dem Post umgehen.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Keine Toleranz bei Hass und Aufrufen zu Gewalt! Die Plattformbetreiber sollten verpflichtet werden, Nutzer:innen-Daten zur Strafverfolgung weiterzugeben.

Meine Argumente

Austausch von Daten - Wer einen Post verfasst, der eine Person beleidigt oder zu Gewalt aufruft, macht sich strafbar. In diesen Fällen sollten die Online-Plattformen auf jeden Fall alle wichtigen Daten zu den Täter:innen an die Polizei weitergeben.

Keine Straffreiheit im Netz - Warum sollten im Netz andere Regeln gelten? Wer online zu Gewalt aufruft oder andere diskriminiert, muss genauso bestraft werden wie alle anderen Straftäter:innen. Anonymität im Internet darf nicht als Argument für Straflosigkeit missbraucht werden.

Mit gutem Beispiel vorgehen - Wenn wir hier als EU klare Regeln festlegen, kann dies als Vorbild für andere Teile der Welt dienen. Es ist an der Zeit, eindeutige Standards für die Online-Kommunikation festzulegen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Notizen



Nicolas Garraud



**Identität &
Demokratie**



Frankreich



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**



Europäisches Parlament

Wer bin ich?

Mein Name ist Nicolas Garraud. Ich bin 41 Jahre alt, geschieden und lebe in Versailles. Mein Ziel ist es, dass Frankreich aus der EU austritt und endlich wieder eine freie, große Nation wird. Bis es soweit ist, versuche ich, im EU-Parlament die schlimmsten Auswüchse der Brüsseler Bürokratie zu verhindern.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion Identität & Demokratie

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion „Identität und Demokratie (ID)“. Wir finden, die EU ist in erster Linie ein elitäres Projekt, mit dem die europäischen Nationalstaaten abgeschafft werden sollen. Um das zu verhindern, setzen wir uns im Europäischen Parlament dafür ein, dass die Macht bei den Nationalstaaten bleibt.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

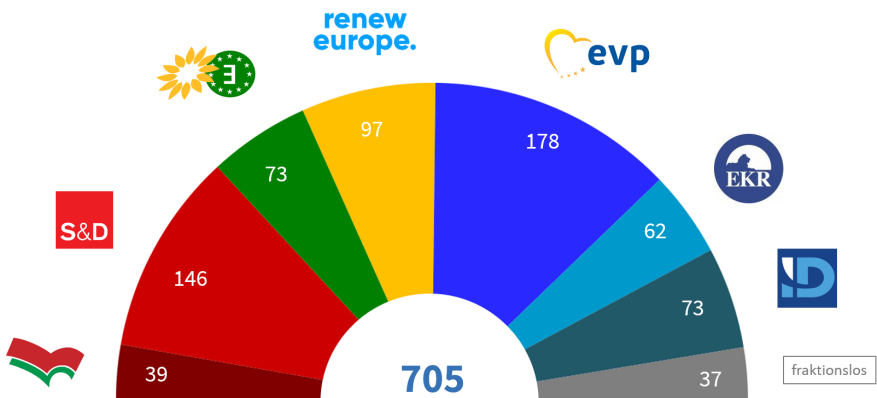
Es ist unsere Aufgabe als EU-Politiker:innen, die Meinungsfreiheit zu schützen. Dies gilt auch für unbequeme Meinungen. Das muss eine Demokratie aushalten. Wie die anderen Fraktionen gegen Hate Speech und Fake News vorgehen wollen, kommt einer Abschaffung der Meinungsfreiheit gleich. Da machen wir nicht mit!

Wie stehen wir zur EU?

Die EU brauchen wir nicht, sie wird nie die Nationalstaaten ersetzen können. Wir können unsere Probleme am besten selbst lösen, vor Ort in unseren Ländern.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei

Konservativ



S&D

Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Grüne

Grün/ökologisch



Identität & Demokratie

Rechtsnational



Renew Europe

Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die EU will mit diesem Artikel nicht weniger, als die Meinungsfreiheit abschaffen. Das müssen wir verhindern.

Meine Argumente

Bürger:innen nicht für dümmer halten, als sie sind - Sicher gibt es die ein oder andere Falschmeldung im Internet. Aber die Bürger:innen sind sehr wohl in der Lage, Wahrheit und Lüge voneinander zu unterscheiden.

Keine Unterdrückung der Meinungsfreiheit - Hinter der Initiative der Kommission steckt etwas anderes: Unliebsame Meinungen sollen unterdrückt werden. Wird etwas als Fake News klassifiziert, soll es einfach gelöscht werden. Wie praktisch für die „da oben“!

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - Das sind seit jeher die Werte Frankreichs. Wir werden nicht zulassen, dass Brüssel unbequeme Meinungen unterdrückt und uns die Freiheit nimmt.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die EU versucht, besorgte Bürger:innen einzuschüchtern, die ihrem Unmut im Internet Luft machen.

Meine Argumente

Debattenkultur schützen - Die Sozialen Medien sind ein großartiger Ort, um politische Diskussionen zu führen. Dass es dabei ab und an mal ein bisschen ruppig zugeht, ist nicht weiter gefährlich, sondern nur ein Zeichen lebendiger Debattenkultur - auch wenn das den Damen und Herren in Brüssel nicht gefällt.

Bürger:innen vor dem Staat beschützen - Offene Debatten im Netz finden auch deshalb statt, weil die Nutzer:innen wissen, dass sie sicher sind vor dem Zugriff des Staates. Wenn nun einfach Daten herausgegeben werden, sind viele verunsichert und werden verstummen. Das kann nicht unser Wunsch sein.

Nicht übertreiben - Das Wort "Hassrede" selbst ist vollkommen fehl am Platz. Heute fühlen sich ja sämtliche Randgruppen sofort beleidigt, wenn man ihnen auf Facebook kein Like gibt. Das sollte man alles nicht so ernst nehmen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Notizen



Roman Sangratz



**Sozialdemokratische
Fraktion**



Europäisches Parlament



Österreich



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Roman Sangratz. Ich bin 73 Jahre alt und lebe mit meiner Tochter und deren Familie in Graz. In der Politik bin ich schon mehr als mein halbes Leben. Mein Wunsch nach Gerechtigkeit hat mich dazu angetrieben, in die Politik zu gehen - und diesen Drang verspüre ich auch heute noch.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Sozialdemokrat:innen

Wer sind wir?

Wir sind die „Sozialdemokratische Fraktion“ (S&D). Wir sind die zweitgrößte Gruppe im Parlament. Unser Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Dafür setzen wir uns in der EU ein.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

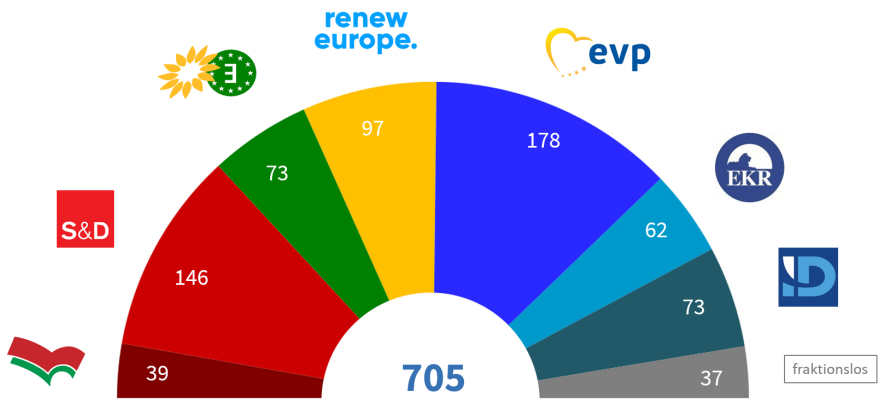
Das Internet macht vieles möglich. Gleichzeitig sehen wir, dass immer mehr Hass und Lügen verbreitet werden und große Online-Konzerne Profit daraus schlagen. Diese Entwicklung bedroht die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften. Was wir brauchen sind klare Regeln, die unsere Bürger:innen schützen und gleichzeitig der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten.

Wie stehen wir zur EU?

Die EU ist ein gigantisches Friedensprojekt - bisher ein erfolgreiches. Viele grenzüberschreitende Probleme können wir nur zusammen mit unseren Nachbarländern lösen, das schweißt zusammen. Gemeinsam können wir sinnvolle Regeln beschließen, die dank unserer Größe weltweit Bedeutung haben. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist - und nicht umgekehrt.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



Renew Europe
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Es darf nicht geduldet werden, dass Plattformen falsche Nachrichten einfach stehen lassen.

Meine Argumente

Unsere Gesellschaft schützen - Fake News verbreiten sich wie eine Seuche - erst in den sozialen Medien und dann in den Köpfen der Menschen. Das ist eine reelle Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaften.

Radikal löschen - Einfache Markierungen werden hier nicht helfen. Nur wenn die Plattformbetreiber Desinformationen löschen müssen und bei Versagen Strafen fällig werden, wird sich etwas ändern. Sicher ist das nicht die ideale Lösung. Aber Aufklärung der Bürger:innen kostet Zeit und die haben wir nicht.

Hart durchgreifen - Mitleid mit den Plattformbetreibern ist fehl am Platz. Die verdienen sich eine goldene Nase mit immer aktiveren User:innen und haben für Jahre nur zugeschaut, ohne etwas zu tun. Jetzt ist die Zeit gekommen, durchzugreifen.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Datenschutz: Ja! Aber nicht zulasten der Opfer von Hassnachrichten im Netz.

Meine Argumente

Klare Grenzen ziehen - Würden die Urheber:innen von Hassrede das, was sie online posten, in ihrem realen Leben äußern, wären sie vermutlich schon vor Gericht gelandet. Vieles von dem, was man Hate Speech nennt, ist nämlich schlichtweg illegal.

Probleme sichtbar machen - Das Problem ist die Anonymität, die in den sozialen Netzwerken herrscht. Die User:innen haben das Gefühl, sie könnten tun und lassen, was sie wollen - ohne irgendwelche Konsequenzen.

Anonymität im Netz beenden - Damit sich das ändert, müssen die Plattformen die Identität von Täter:innen preisgeben - ohne Wenn und Aber. Nur so können wir das Netz zu einem sicheren Ort für alle machen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Hartmut Plötz



**Fraktion der
Nationalkonservativen**



Europäisches Parlament



Deutschland



**Mitglied im Ausschuss
für Verbraucherschutz**

Wer bin ich?

Mein Name ist Hartmut Plötz, ich bin 43 Jahre alt und lebe in Ulm. Ich bin in der Partei der Europäischen Konservativen und Reformer, weil ich überzeugt davon bin, dass wir trotz der Europäischen Union die Souveränität unserer Mitgliedstaaten beibehalten müssen. Die EU ist aus meiner Sicht vor allem ein Wirtschaftsbündnis - und sollte dies auch bleiben!

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 x pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Nationalkonservativen

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion der EU-skeptischen "Europäischen Konservativen und Reformer" (EKR). Unserer Meinung nach müssen wir genau schauen, wann gemeinsame europäische Gesetze wirklich sinnvoll sind - und wann nicht! Unser Ziel ist es, wirtschaftliche Freiheit und nationale Traditionen zu erhalten.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

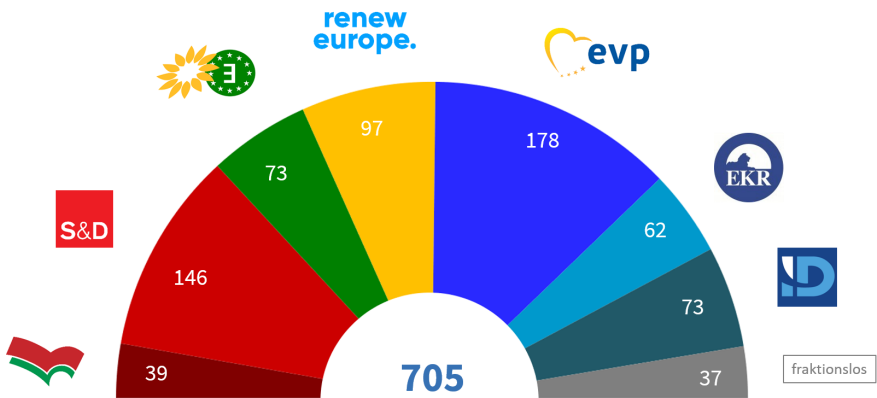
Die Freiheit im Internet und in den sozialen Medien darf nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Was auch immer beschlossen wird, es muss sich auf solide Daten und verlässliche Analysen stützen. Im Zweifel ist hier weniger Regulierung die bessere Wahl als ein zensiertes Internet.

Wie stehen wir zur EU?

27 verschiedene Länder - und in allen sollen die gleichen Regeln gelten? Das ist Gleichmacherei und hat noch nie funktioniert. Deshalb ist für uns klar: Wann immer es möglich ist, sollten sich Länder selbst ihre Regeln geben. Die Bürokraten in Brüssel braucht es dafür nicht.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL
Links/Sozialistisch



evp Europäische Volkspartei
Konservativ



S&D
Sozialdemokratisch



EKR Europäische Konservative und Reformisten
Nationalkonservativ



Grüne
Grün/ökologisch



Identität & Demokratie
Rechtsnational



renew europe.
Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die EU und die Digitalunternehmen dürfen nicht darüber entscheiden, was wir lesen und wie wir uns informieren wollen.

Meine Argumente

Regulierungswut beschränken - Verbote und Regeln hier und da. Die EU nimmt immer mehr Einfluss auf unser Leben. Sie sollte sich lieber wieder auf den Binnenmarkt rückbesinnen, anstatt jedes kleine Detail festlegen zu wollen.

Nicht die EU, sondern die Bevölkerung entscheidet - Es muss die Frage erlaubt sein: Haben nicht viele vermeintliche Fake News auch einen wahren Kern? Wir sollten die Menschen entscheiden lassen, was sie online sehen wollen und was nicht. Es ist oft gar nicht so eindeutig zu sagen, was wahr ist und was falsch.

Unternehmen nicht noch mehr Macht geben - Durch einen Lösch- oder Markierzwang hätten die Social Media Plattformen noch mehr Macht über uns. Die Algorithmen verleiten uns schon lange dazu, Dinge zu kaufen, jetzt wollen sie uns noch vorgeben, wie wir uns informieren?

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Plattformen sollten auf keinen Fall gezwungen werden, Daten von ihren Nutzer:innen herauszugeben.

Meine Argumente

Digitale Chancen sehen - Die Möglichkeit, sich digital zu vernetzen, ist eine der größten Errungenschaften des 21. Jahrhunderts. Die Vorteile von Social Media sind größer als die Nachteile. Das sollten wir nicht vergessen.

Meinungsvielfalt wahren - Zur Meinungsfreiheit gehört auch, dass ich meine konservative Meinung äußern kann, selbst wenn sie anderen nicht gefällt. Der Gesetzesvorschlag der EU ist gefährlich, denn er könnte auch auf unliebsame Kommentare im Netz abzielen. Das müssen wir unbedingt verhindern.

Was ist wirklich Hassrede? - Hate Speech ist zum Modewort verkommen. Auch in unserer Fraktion wurde einigen völlig zu Unrecht vorgeworfen, Hass zu verbreiten. Was wir brauchen ist eine klare Definition statt unnötiger Regulierung und Überwachung.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Eero Modig



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Finnland



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Mein Name ist Eero Modig. Ich komme aus Rovaniemi im Norden Finnlands. Mich besorgt die Zunahme von Fake News und Hate Speech immer mehr. Mir ist es ein Anliegen, eine Lösung dafür zu finden, wie Fake News besser erkannt werden und wir als EU dazu beitragen können, die Verbreitung falscher Informationen zu verhindern.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

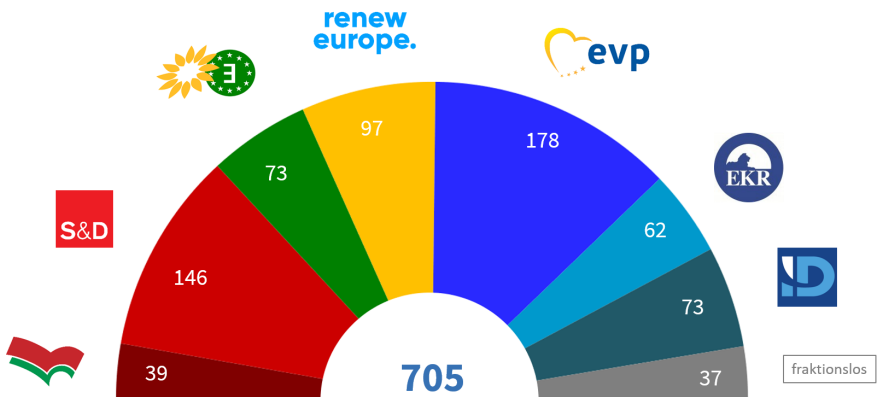
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



S&D

Sozialdemokratisch



Grüne

Grün/ökologisch



Renew Europe

Liberal



Europäische Volkspartei

Konservativ



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Identität & Demokratie

Rechtsnational

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Es kursieren immer mehr Falschmeldungen im Internet. Bürger:innen müssen geschützt werden, Fake News gehören gelöscht.

Meine Argumente

Gegen Desinformation vorgehen – Im Internet werden Massen falscher Inhalte gepostet und viele Menschen glauben das, was sie online lesen. Da Online-Plattformen nicht selbst aktiv werden, muss die Politik Verantwortung übernehmen.

Einzigste Lösung: Löschen – Das Einzige, was wirklich gegen die Verbreitung von falschen Inhalten hilft, ist konsequentes Löschen. Warnhinweise bringen kaum etwas, sie werden meist übersehen.

Regeln schaffen – Social Media-Plattformen müssen Platz für Fakten schaffen, um der Wahrheit Raum zu bieten—auch wenn das bedeutet, dass Millionen Posts erst mal gelöscht werden müssen. Da die Plattformen nicht selbst aktiv werden, müssen wir sie als Politik verpflichten.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Die Bekämpfung von Hate Speech ist nicht die Aufgabe von Behörden sondern die der Plattformen.

Meine Argumente

Falscher Ansatz – Jahrelang haben wir für mehr Datenschutz gekämpft—das dürfen wir im Kampf gegen Hate Speech nicht alles über Bord werfen. Die Verfolgung von Täter:innen ist eh nicht effektiv—besser die Plattformen werden schon früher aktiv und löschen Beiträge.

Plattformen einschränken – Das Problem sind nicht die User:innen sondern die Plattformen. Sie stacheln Menschen an und machen es zu einfach, Beleidigungen und Gewalt zu posten. Eine vorherige Überprüfung von Inhalten durch die Plattformen ist besser als Behörden mit Anzeigen wegen Hassrede zu überlasten.

Viele Probleme – Die Behörden kämpfen gegen Cyberkriminalität, ansteigenden Terrorismus und andere Delikte. Hass zu bekämpfen ist nicht ihre wichtigste Aufgabe. Sondern die Aufgabe der Plattformen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Karin Keller



Europäisches Parlament



Grüne Fraktion



Deutschland



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Ich bin Karin Keller, 39 Jahre alt und komme aus Cottbus. Gerade wohne ich aber die meiste Zeit in Straßburg. Im Europaparlament mache ich mich vor allem für die Jugend stark— im Vergleich gehöre ich hier zu den jüngeren Abgeordneten. Insbesondere für junge Menschen gehört das Internet zum Alltag. Deswegen setze ich mich im Digitalausschuss dafür ein, das Netz zu einem sicheren Ort zu machen.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist die Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Grünen

Wer sind wir?

Wir vertreten die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Wir sind im Widerstand zur globalen Umweltzerstörung entstanden, sehen uns heute aber auch als fortschrittliche Kraft zum Schutz der Bürgerrechte in der ganzen EU und stellen uns gegen jede Form der Diskriminierung.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

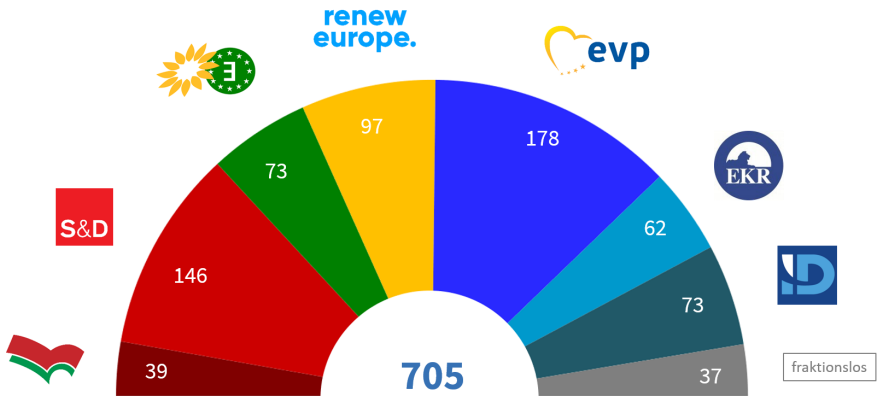
In den vergangenen Jahren hat die Politik den Internet-Riesen wie Google oder Facebook freie Hand gelassen, welche Inhalte sie auf ihren Plattformen zulassen und welche sie löschen. Es ist Zeit, dass wir das wieder selbst in die Hand nehmen und als Gesellschaft diskutieren, was im Internet erlaubt ist und was nicht.

Wie stehen wir zur EU?

Die digitale Welt wird dominiert von wenigen, großen Konzernen und die Probleme, die sie verursachen, machen nicht an Landesgrenzen halt. Als EU haben wir die Macht, gemeinsam Regeln zu schaffen und diese europaweit durchzusetzen. Diese Chance müssen wir nutzen und gemeinsam handeln!

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei

Konservativ



S&D

Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Grüne

Grün/ökologisch



Identität & Demokratie

Rechtsnational



Renew Europe

Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Wir müssen gemeinsam als EU den Druck auf Online-Plattformen erhöhen, gegen Desinformation vorzugehen.

Meine Argumente

Fake News sind Teil unseres Alltags - "Das Corona-Virus lässt sich besiegen, wenn wir alle Bleichmittel trinken" - nur mal ein Beispiel für absurde Falschnachrichten der letzten Jahre. Und es finden sich genügend Leute, die diese Lügen auch glauben. Das ist unheimlich gefährlich.

Grenzüberschreitendes Problem - Fake News machen nicht an Ländergrenzen halt. Deswegen müssen wir gemeinsam als EU aktiv werden. 27 unterschiedliche nationale Regeln für Plattformbetreiber, DAS wäre eine Belastung für Unternehmen. Ein gemeinsames Vorgehen schafft hingegen Klarheit für alle.

Klare Vorgaben - Wir brauchen Mechanismen, wie Falschinformationen wieder aus dem Netz entfernt werden können. Hier können sich Plattformbetreiber nicht aus der Verantwortung ziehen. Warnhinweise sind das Mindeste, damit auch die Unternehmen ihren Beitrag zur Bekämpfung von Desinformation leisten.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Betroffene von Hate Speech fühlen sich oft eingeschüchtert. Wir müssen ihnen zeigen, dass das Recht auf ihrer Seite ist.

Meine Argumente

Meinungsfreiheit auch für Opfer von Hate Speech

— Natürlich ist die Meinungsfreiheit ein hohes Gut. Hass und Hetze im Internet können aber dazu führen, dass einige sich nicht mehr trauen, frei ihre Meinung zu äußern, weil ihnen direkt eine Flut an Hass entgegenkommt.

Sicherer Raum für alle - Deswegen bedeutet ein konsequentes Vorgehen gegen Hate Speech auch, das Internet wieder zu einem sicheren Ort für alle zu machen, an dem in einem kontrollierten Rahmen frei und sicher Meinungen geäußert werden können.

Datenaustausch – Deshalb müssen die Täter:innen von der Polizei konsequent verfolgt werden. Dazu brauchen die Ermittlungsbehörden die Nutzer:innen-Daten. Diese dürfen von den Digitalkonzernen nicht zurückgehalten werden. Wenn es um den Schutz vor Hate Speech geht, müssen die Plattformbetreiber kooperieren!



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Jaak Person



**Identität &
Demokratie**



Europäisches Parlament



Estland



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Ich bin Jaak Person aus der schönen Stadt Tartu in Estland und lebe dort, wenn ich nicht gerade in Brüssel oder Straßburg bin, mit meiner Frau und meinen zwei Söhnen. Meine politische Überzeugung liegt im Glauben an den Nationalstaat und an traditionelle gesellschaftliche Werte, dafür mache ich mich auch in der EU stark.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion Identität & Demokratie

Wer sind wir?

Wir sind die Fraktion „Identität und Demokratie (ID)“. Wir finden, die EU ist in erster Linie ein elitäres Projekt, mit dem die europäischen Nationalstaaten abgeschafft werden sollen. Um das zu verhindern, setzen wir uns im Europäischen Parlament dafür ein, dass die Macht bei den Nationalstaaten bleibt.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

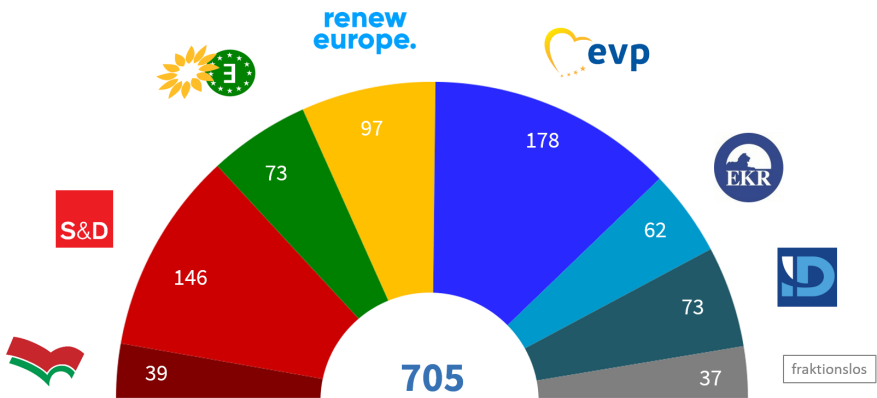
Es ist unsere Aufgabe als EU-Politiker:innen, die Meinungsfreiheit zu schützen. Dies gilt auch für unbequeme Meinungen. Das muss eine Demokratie aushalten. Wie die anderen Fraktionen gegen Hate Speech und Fake News vorgehen wollen, kommt einer Abschaffung der Meinungsfreiheit gleich. Da machen wir nicht mit!

Wie stehen wir zur EU?

Die EU brauchen wir nicht, sie wird nie die Nationalstaaten ersetzen können. Wir können unsere Probleme am besten selbst lösen, vor Ort in unseren Ländern.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



S&D

Sozialdemokratisch



Grüne

Grün/ökologisch

**renew
europe.**

Renew Europe

Liberal



Europäische Volkspartei

Konservativ



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Identität & Demokratie

Rechtsnational

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Es lebe die Meinungsvielfalt! Ich bin gegen eine pauschale Zensur durch die EU.

Meine Argumente

Wandel akzeptieren - Die EU und viele ihrer Mitgliedstaaten sind in großer Sorge, weil viele Bürger:innen sich von den traditionellen Parteien und klassischen Medien abwenden und sie deswegen nicht mehr alles kontrollieren können.

Meinungsfreiheit schützen - Deswegen jetzt alles als Fake News abzustempeln, was den Eliten nicht in den Kram passt, ist kriminell! Der scheinheilige Kampf der EU gegen Falschnachrichten wird nur geführt, um kritischen Menschen den Mund zu verbieten.

In Vielfalt geeint - Unity in Diversity, das ist das Motto der EU. Wir sollten die Meinungsvielfalt schätzen, anstatt ihr den Kampf anzusagen. Ziel von Demokratien sollte es doch sein, den Bürger:innen eine Vielzahl von Inhalten anzubieten.

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Meinungsfreiheit schützen, anstatt Bürger:innen anzuschwärzen.

Meine Argumente

Mit der Zeit gehen - Soziale Medien sind heute das, was der Buchdruck im Mittelalter war: Ein Instrument für die Bürger:innen, um ihre Standpunkte zu vertreten und ihre Interessen zu verteidigen.

Gefährliche Panikmache - Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Hassrede sollen jetzt alle unbequemen Meinungen verboten werden. Nicht mit uns! Ohne Meinungsfreiheit kann eine Demokratie nicht existieren.

Online-Zensur verhindern - Die freie Meinungsäußerung ist ein Grundrecht von uns allen. Wir sprechen uns deswegen klar dagegen aus, dass Online-Plattformen die Namen von User:innen herausgeben müssen, die durch unliebsame Meinungen auffallen.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2

Françoise Aubry



Europäisches Parlament



**Fraktion der
Konservativen**



Frankreich



**Mitglied im Ausschuss
für Digitales**

Wer bin ich?

Mein Name ist Françoise Aubry, ich bin 37 Jahre und wohne in Lyon. Ich bin äußerst besorgt über die Auswirkungen von Falschinformationen auf die europäische Demokratie. Der Kampf gegen Desinformation ist sehr wichtig, damit wir unsere europäische Wertegemeinschaft bewahren können. Als Europaabgeordnete setze ich mich täglich dafür ein, dass das Netz ein sicherer Ort wird.

Was ist mein Job?

Ich bin Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort arbeite ich mit 704 anderen Abgeordneten an Gesetzen für die gesamte EU. Eines meiner Spezialgebiete ist Digitalpolitik.

Hinweis: Es handelt sich hierbei um fiktive Rollen. Die Profile entsprechen nicht den realen MEPs und die dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise reale politische Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Hintergrund: Was ist das Problem?

Das Internet bestimmt mittlerweile den Alltag, vor allem von jungen Menschen.

90 %

aller jungen Menschen in der EU nutzen soziale Netzwerke.

65 %

aller Hassredebeschwerden werden von sozialen Netzwerken in 24 Stunden bearbeitet.

1 X pro Woche

stoßen EU-Bürger:innen auf Fake News im Netz.

Eurostat 2018 – 2022

Fake News

Falschmeldungen, die absichtlich veröffentlicht und verbreitet werden.

Sie können die Demokratie gefährden, wenn z. B. vor Wahlen absichtlich Lügen über Kandidat:innen oder Parteien verbreitet werden.

Hate Speech

Herabsetzende, beleidigende und verletzende Äußerungen gegen bestimmte Personen oder Gruppen. Hate Speech ruft oft zu körperlicher Gewalt auf. Wenn jemand dem folgt, können Menschen ernsthaft verletzt oder sogar getötet werden.

Der Vorschlag der Kommission: Worum geht es?

Artikel 1

„Online-Plattformen müssen Fake News selbständig von ihren Plattformen löschen.“

Worum geht es?

Immer öfter werden im Internet Falschinformationen verbreitet. Einige argumentieren, dass dies freie Meinungsäußerung ist, während andere sich besorgt zeigen, welche Auswirkungen verzerrte Darstellungen haben können.

Es wird diskutiert, wie besser mit diesem Problem umgegangen werden kann. Sollten die Anbieter von Internetplattformen selbst Verantwortung dafür tragen, welche Inhalte bei ihnen geteilt werden, oder gibt ihnen das zu viel Entscheidungsmacht?

Artikel 2

„Online-Plattformen müssen die Daten der Verursacher an zuständige nationale Behörden herausgeben.“

Worum geht es?

Hassrede im Internet ist ein großes Problem und die Verfolgung von Verursachern oft kompliziert.

Brauchen die Staaten der EU hierfür eine gemeinsame Regelung und sollen Plattformen generell verpflichtet werden, die Daten der Verursacher an nationale Behörden herauszugeben?



Meine Fraktion

Fraktion der Konservativen

Wer sind wir?

Unsere Europäische Volkspartei (EVP) ist die größte Fraktion im Parlament. Wir sind "konservativ", d. h. wir wollen die verschiedenen Kulturen, Traditionen und Werte der Mitgliedstaaten erhalten. Trotzdem ist uns europäische Zusammenarbeit wichtig.

Wie stehen wir zum heutigen Thema?

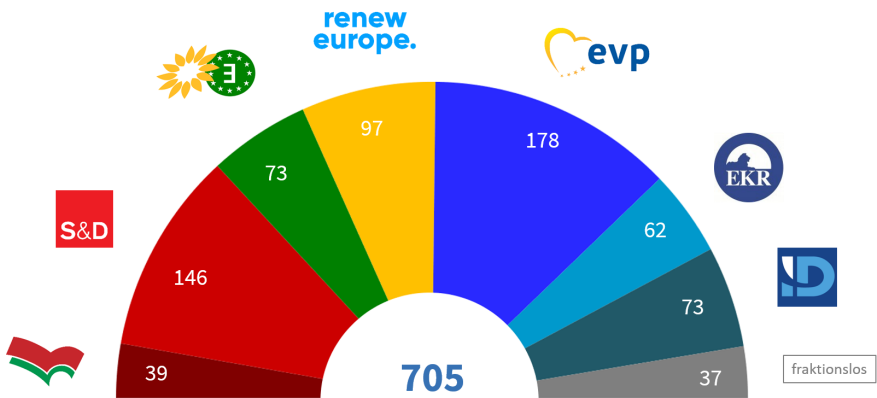
Für unsere Fraktion ist es wichtig, die Sicherheit der Bürger:innen zu schützen – offline ebenso wie online. Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Ein großes Problem ist dabei die Anonymität im Internet. Deswegen müssen wir klare Regeln für mehr Sicherheit finden. Die Digitalisierung beeinflusst uns alle, es wird Zeit, dass wir sie sicherer gestalten.

Wie stehen wir zur EU?

Wir sehen die Frage praktisch: Die meisten Dinge können die Staaten selbst am besten regeln, vor Ort und ohne Umwege. Ein europäisches Grundgerüst brauchen wir jedoch schon, vor allem bei Fragen rund ums Internet und den Schutz der EU-Bevölkerung: Dies betrifft uns alle gleichermaßen.

Wer sind die Anderen?

Fraktionen im Europaparlament



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung



GUE/NGL

Links/Sozialistisch



Europäische Volkspartei

Konservativ



S&D

Sozialdemokratisch



Europäische Konservative und Reformisten

Nationalkonservativ



Grüne

Grün/ökologisch



Identität & Demokratie

Rechtsnational



Renew Europe

Liberal

Artikel 1 - FAKE NEWS



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen müssen Fake News **selbstständig von ihren Plattformen löschen.**

Online-Plattformen müssen Fake News mit **Warnhinweisen versehen.**

Online-Plattformen müssen **nicht selbst** gegen Fake News vorgehen.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Falschmeldungen werden gezielt gestreut, um Verwirrung zu stiften und das Vertrauen in die Politik zu untergraben. Das müssen wir verhindern!

Meine Argumente

Fake News stoppen – Nicht erst seit der Corona-pandemie wissen wir: Im Internet werden viele Unwahrheiten verbreitet und viele Menschen glauben das, was sie online lesen. Da Online-Plattformen nichts dagegen tun, muss jetzt die Politik Verantwortung übernehmen.

Nur Löschen hilft – Warnhinweise sind nutzlos. Glauben Menschen erst einmal, dass die falschen Posts eigentlich die Wahrheit wiedergeben, lassen sie sich nicht von kleinen Hinweisen unter einem Post überzeugen.

Zentrale Stelle – Die Politik war bisher zu zögerlich. Das muss ein Ende haben. Es braucht eine Art „Anti-Fake-News-Behörde“ aus Unternehmen und Politik, die sich ausschließlich mit dem Aufdecken und Überprüfen von Falschmeldungen befasst. Nur so können wir diesem Ausmaß an gezielter Desinformation begegnen!

Artikel 2 - HATE SPEECH



Vorschlag der Kommission (3 Optionen)

Online-Plattformen **müssen die Daten** der Verursacher an zuständige nationale Behörden **herausgeben.**

Online-Plattformen **können selbst entscheiden**, ob sie die Daten herausgeben.

Online-Plattformen **dürfen** zum Schutz der Privatsphäre keine Daten herausgeben.



Mein Vorschlag

Was ist mein Ziel?

Datenschutz ist wichtig. Aber um gegen Täter:innen vorzugehen, müssen Plattformen und Behörden enger zusammen arbeiten.

Meine Argumente

Daten freigeben – Immer mehr Menschen sind von Hate Speech betroffen. Es ist wichtig, dass wir sie schützen und die Täter:innen strafrechtlich verfolgen. Dafür ist es notwendig, die Daten an die zuständigen Behörden weiterzugeben.

Unternehmen beschränken – Die Freigabe von Daten an Behörden ist kein Problem, sondern eher die Tatsache, dass Unternehmen ALLES von User:innen speichern. Dieser Speicherwahnsinn sollte generell beschränkt werden, um Datenschutz gewährleisten zu können.

Mehr Zusammenarbeit - Politik und Unternehmen müssten mehr zusammenarbeiten. Da aber Unternehmen aktuell freiwillig keine Daten preisgeben, sind wir auf ein Gesetz angewiesen. Wird eine Person angezeigt, weil sie wiederholt zu Gewalt aufrief, müssen die Daten preisgegeben werden.



Fraktionssitzung

Was wollen wir?



Artikel 1



Artikel 2
